

Merc.

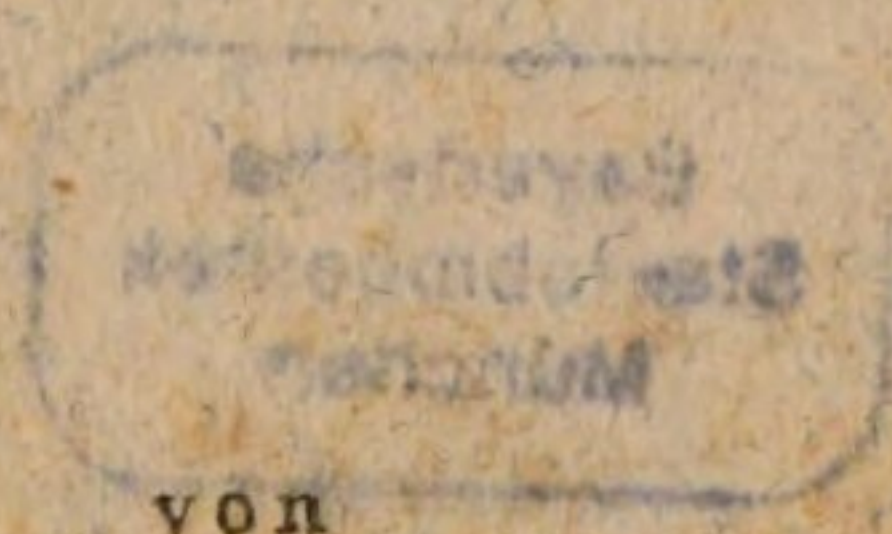
58^o/

Beweis Nr.

Deelsbücher

81.

Ueber
die Beweiskraft
der
Handelsbücher.



J. C. L. Ebeling, Dr. d. R.

Hamburg, 1815.

In der Bohnschen Buchhandlung.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Dem

Hochedlen und Hochweisen

S E N A T E

der

freien Hansestadt Hamburg

ehrerbietigst gewidmet.

Dem

Hochschulen und Hochschulen

SEINSTE

der

Freien Hansestadt Hamburg

Christophorus

U e b e r s i c h t.

Einleitung. §. 1 — 4.

Quellen. §. 5 — 7.

Erstes Kapitel.

Ueber den historischen Ursprung der Beweiskraft der Handelsbücher. §. 8 — 12.

Zweites Kapitel.

Ueber die Gründe der Beweiskraft der Handelsbücher. §. 13 — 15.

Drittes Kapitel.

Von den zur Beweiskraft der Handelsbücher nöthigen Erfordernissen. §. 16 — 31.

Viertes Kapitel.

Von den zum Beweise durch Handelsbücher berechtigten Personen. §. 32 — 39.

Fünftes Kapitel.

Ueber den durch die Handelsbücher zu beweisenden Gegenstand. §. 40 — 43.

Sechstes Kapitel.

Ueber die Verschiedenheiten in Ansehung
des Grades der Beweiskraft. §. 44 — 49.

Siebentes Kapitel.

Ueber die Ergänzung des Beweises. §. 50 — 57.

Achstes Kapitel.

Besondere Vorschriften des neuern Franzö-
sischen Rechts. §. 58 — 76.

E i n l e i t u n g.

§. 1.

Es ist ein bekannter, in mehrern Stellen ¹⁾ des Römischen Rechts ausgesprochener Grundsatz, daß schriftliche Aufsätze der Regel nach nicht für, sondern gegen ihren Verfasser beweisen, und dies gilt eben so gut von geführten Büchern und Rechnungen; es würde, sagt der Kaiser Galienus, für das gemeine Wohl die nachtheiligsten Folgen haben, wenn man einer Handschrift Glauben beimessen wolte, worin sich Jemand nach Willkühr Andere zu Schuldnern verbinden könnte. Von dieser Regel macht das Römische Recht wegen besonderer Verhältnisse, in Ansehung der Adnositiones parentum ²⁾, vorzüglich über das Alter ihrer Kinder, und der Vermögens-Designationen ³⁾, die ein Erblasser für seine Erben zurückläßt, Ausnahmen, welche noch jetzt in Anwendung kommen. Auch der natürliche Grundsatz von der allgemeinen Gleichheit der streitenden Theile im Prozesse, begründet insofern eine Ausnahme, als eine Privat-Urkunde für deren Verfasser in allen

für ihn vortheilhaften Clauseln volle Beweiskraft hat, wenn die Berufung auf dieselbe eigentlich durch den Gegner geschah ⁴⁾. Aber auffallender war die Abweichung von jener Regel, welche in den frühern Zeiten des Römischen Rechts in Ansehung der Rechnungsbücher der Argentarien sich häufig ereignete ⁵⁾.

¹⁾ L. 6. 7. C. de probation. (IV. 19) L. 5. C. de convoc. fisci credit. (X. 2.)

²⁾ L. 16. 29. D. de probation. (XXII. 3.)

³⁾ Nov. 48. cap. 1.

⁴⁾ Nov. 49. cap. 2. §. 1. Trotz allen Protestationen, daß man sich nur in den vortheilhaften Punkten darauf berufen haben wolle.

⁵⁾ L. 9. §. 2. D. de edendo. (II. 13.)

§. 2.

Die Argentarien ¹⁾, welche schon im sechsten Jahrhundert nach Roms Erbauung vorkommen, hielten die Banken der Römer; sie beschäftigten sich mit dem Umsetzen der Münzen gegen gewisse Vortheile, und dem Ausleihen von Geldsummen auf Zinsen. Ihr Amt war ein öffentliches und zu der Edition ihrer Bücher waren sie gesetzlich verbunden ²⁾; jedoch brauchten sie nur den Theil verzulegen, welcher den streitigen Punkt enthielt ³⁾. Vielleicht trugen sie nicht bloß ihre eigenen, sondern auch anderer Handelsleute Geschäfte der künftigen Beweisung wegen, in ihre Bücher ein. Durch ihre Eigenschaft als

öffentliche Staatsbeamte, und weil es ihre vorzüglichste Sorge seyn muste, ihre Rechnungsbücher genau und ordentlich zu führen, war der volle Glaube begründet, welcher diesen beigelegt war ⁴⁾. Daher geschah auch sehr häufig die Berufung auf diese Bücher, um den Beweis zu führen ⁵⁾. Das Gewerbe der Argentarien galt aber bei den Römern keinesweges für ehrenvoll ⁶⁾.

Die Geschäfte der Argentarien wurden in den folgenden Zeiten allgemeiner, auch Andere ausser ihnen, trieben den Geldwechsel und liehen Gelder auf Zinsen aus. Sie hörten daher almählig auf, diese Geschäfte ausschliessend zu betreiben und einen eigenen Stand zu bilden, und wurden endlich völlig zur Antiquität. Demnach konten die Argentarien, wenn gleich sie mit jener Anstalt des Mittelalters, welche, wie ich unten zeigen werde ⁷⁾, zu dem Vorzuge der Handelsbücher in Hinsicht ihrer Beweiskraft die Veranlassung gab, viele Aehnlichkeit hatten, auf die Bildung unsers heutigen Privilegiums durchaus keinen Einfluss äufsern.

¹⁾ Hugo's Geschichte des Römischen Rechts. Berl. 1806.

8. §. 187. pag. 265.

²⁾ L. 10. pr. D. de edendo. (II. 13.)

³⁾ L. 10. §. 2. eod.

⁴⁾ L. 10. §. 1. eod.

⁵⁾ L. 9. §. 2. eod.

⁶⁾ Dies ergibt sich aus mehrern Stellen Römischer Schriftsteller, die sich in Pitisei lexic. antiq. rom. Tom. I.

pag. 168. angeführt finden. Dagegen will ihnen Salmasius de foenore trapezitico pag. 369. 568. und an a. St. viel Ehre und Ansehen beilegen.

?) S. das erste Kapitel.

§. 3.

Es geschah also ganz unabhängig von jenem Institute des alten Roms, als sich im Mittelalter die Gewohnheit bildete, den Handelsbüchern der Kaufleute Beweiskraft beizulegen. Sie entstand zuerst in Italien, von wo sie bald in die benachbarten Länder, und auch nach Deutschland überging, in dessen einzelne Staaten dieselbe allgemein eingeführt wurde, so daß man sagen könnte, sie habe die Eigenschaft einer allgemeinen Gewohnheit erhalten.

§. 4.

Gleichwohl haben manche Rechtsgelehrte, geleitet aus einer zu slavischen Anhänglichkeit an das Römische Recht, behauptet, daß der Vorzug der Handelsbücher schon in diesem begründet sei; und zwar haben sie Theils nach Römischen Rechtsgrundsätzen ihnen vollkommenen Glauben, Theils aber nur die Kraft eines halben Beweises beilegen wollen. Wer jener Meinung folgte, berief sich auf den Vorzug der Rechnungsbücher der Argentarien, und nahm an, daß diese Römischen Geldwechsler sich in Nichts von unsern Kaufleuten unterschieden hätten¹⁾. Wer dagegen den Grund der halben Beweiskraft im

Römischen Rechte finden wolte, führte Theils, wie Léyser, die Verordnung der L. 1. §. 40. D. Depositi vel contra (XVI. 3.) an, welcher zufolge dem Gläubiger in Fällen, wo die Schuld selbst ausgemacht sey, in Ansehung der Gröfse seiner Forderung der Eid auferlegt werden müsse, und behauptete zugleich, daß nicht die Schuld selbst, sondern nur die Gröfse derselben durch die Handelsbücher bewiesen werden könne ²⁾; Theils stützten sie sich auf L. 5. C. de probation (IV. 19), die doch von einer so allgemeinen Verfügung redet, daß darunter der Römische Gesetzgeber schwerlich zugleich ein Privilegium verstanden haben würde, welches von einer solchen Wichtigkeit, aber auch von einem so beschränkten Umfange ist, wie der heutige Vorzug der Handelsbücher ³⁾. Wäre unser heutiges Privilegium schon bei den Römern in Kraft gewesen, so würden ihre Gesetzgeber demselben wohl eine ausführlichere Verordnung gewidmet haben.

¹⁾ Eben so gut liesse sich behaupten, daß z. B. zwischen den heutigen Bank-Bürgern in Hamburg und den übrigen Kaufleuten kein Unterschied zu finden sey.

²⁾ Vergl. das fünfte Kapitel im §. 42.

³⁾ Auch bezeichnet das Gesetz keinen bestimmten Grad des Beweises.

Q u e l l e n.

§. 5.

I. Gesezliche Quellen.

Unter den Gesezbüchern und Verordnungen in Deutschland, welche in Ansehung der Beweiskraft der Handelsbücher Bestimmungen enthalten, sind folgende die vorzüglichsten:

A. Landes-Ordnungen:

Württembergisches Landrecht P. I. Rubr. der Kaufleute etc.

Chursächsische Prozeß-Ordn. Tit. 30. §. 4.

Sachsen-Gothaische Prozeß-Ordnung vom J. 1776. Kap. 16. §. 5.

Churf. Braunschweig-Lüneburgische Verordn. vom 21. März 1720. ¹⁾

Aus Meklenburgischen ²⁾ Gesetzen gehört hieher folgendes:

Hof- und Land-Gerichts-Ordnung. P. II. Tit. XXVII. §. 1.

Güstrow. Canzlei-Ordn. P. II. T. XXVIII. §. 1.

Herz. Friedrich (zu Meklenburg-Schwerin)

Constitution dd. 29. Dec. 1772., in wie fern künftig die Beweisführung durch Handlungsbücher und derselben eidliche Bestärkung zulässig seyn solle, nebst der Erläuterung jener Constitution dd. 2. Octob. 1775 ³⁾.

Herz. Adolph Friedrich (zu Mekl. Streliz.)
Verordnungen vom 10. Febr. 1773. und
12. Jun. 1780.

Königl. Dänische Verordnung für beide Herzog-
thümer (Schleswig und Holstein) wegen der den
Büchern der Kauf- und Handelsleute zukommen-
den Beweiskraft etc. vom 14. Mai 1783 ⁴⁾).

Allgemeines Gesezbuch für die Preussischen
Staaten. Th. II. Tit. 8. §. 562-613 ⁵⁾.)

Die Kais. Kön. algem. Gerichtsordnung für
Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich u. s. w.
vom J. 1782. §. 119. 120. 121. und Joseph's II.
Verordnungen vom 17. Sept. 14. Nov. und 12.
Dez. 1785 ⁶⁾).

1) S. die Calenb. Landes-Ordnungen. Th. II. S. 639.

2) Vergl. J. H. Spalding Repertorium des Meklenburgischen
Rechts, S. 342. 425-28. 2tes Suppl. S. 188.

3) Diese Verordnung geht aber nicht auf Kaufleute en gros
und auf die Geschäfte der Kaufleute unter sich.

4) S. chronol. Saml. der Verordnungen von 1783. für die
Herzogthümer Schleswig und Holstein. Kiel 1795. 4.
n. 41. S. 74.

5) Die aus 42 §. bestehende Verordnung des Preuss. Land-
Rechts enthält die genauesten und ausführlichsten Be-
stimmungen; sie ist unstreitig die vollständigste, welche
irgend ein Staat in Ansehung der Handelsbücher auf-
zuweisen hat.

6) S. Handb. der unter Joseph II. ergangenen Verordnun-
gen und Geseze. 18 Bde. Wien 1785-90. 8. im 4ten
Bde S. 215-17. und im 9ten Bde. S. 198-204. Eine
besondere Verordnung für die Kaufleute in Gallizien in
Betref ihrer Handelsbücher vom 24. Sept. 1776 findet
sich im 18. Bde. S. 199-203.

§. 6.

B. Statuten:

Frankfurter Reformation. P. I. T. 31. §. 12. 13.

Nürnbergger Reformation. T. VIII. Ges. 7.

Statuten von Lübeck. P. V. T. 6. Art. 4.

Hamburger ¹⁾ Statuten. P. I. Tit. XXX. Art. 6. 7. in Verbindung mit der Stadt Hamburg neuen Falliten-Ordnung, Art. 102. n. 1. 3. 8. Art. 104. n. 3.

¹⁾ Unter den Statuten zeichnen sich die Hamburger, wenn gleich sie keinesweges vollständig sind, vor den übrigen an Ausführlichkeit aus. Der Inhalt der beiden Artikel ist folgender:

Art. 6. Wenn Kauffleute, und diejenigen, so offene Kram und Laden halten, auch Brauer, ihre Schuld- und andere Handels-Bücher, zu Beweisung ihrer daselbst eingeschriebenen Schulden und Handlung, gerichtlich produciren; und dieselben Kauff- und Handelsleute in ihren Gewerben aufrichtig befunden, und eines guten Nahmens und Leumuths sind; auch ihre Handels-Bücher ordentlich und richtig, ehrbarer Kauffleute Gebrauche gemäfs, gehalten, und darin nicht allein creditum, sondern auch debitum, mit Benennung Jahres, Monates und Tages, geschrieben, die Ursache der Schuld gemeldet; und dieselbe Schuld nicht übermässig; und der Gegentheil solche Bücher durch keine Gegen-Beweisung, oder rechtmässige Vermuthung, kann ablehnen; So wird ihnen, in Sachen ihr Gewerbe und Handthierung belangend, so viel Glaubens gegeben, dafs dem Producenten der Eid, zu völliger Beweisung, zuerkannt werden mag.

Art. 7. Da aber der Kauff- und Handelsmann, der eines guten Nahmens gewesen, Todes verfahren wäre, und seine Handels-Bücher, in der Masse wie vorge-

dacht, gehalten hätte; soll denselben Büchern, nach seinem Tode, vollkommener Glaube gegeben, und darauf erkannt werden.

Wörtlich gleichlautend sind der 5. und 6. Artikel des 29. Titels der neuen revidirten Gerichts-Ordnung von 1711.

§. 7.

II. Abhandlungen:

Joh. Marquard de jure mercator. Francof. 662. fol. Lib. III. cap. IX. X. p. 436-56.

Andr. Mylius de libris mercatorum. Lips. 681. 4.

Roesener de mercatorum libris. Lips. 690. 4.

J. A. Krohn de probatione, quae fit per libr. mercat. Rost. 705. 4. ¹⁾

J. Appeldorn de libris mercat. Harderov. 727. 4.

G. Langermann de probatione per libros mercatoris mortui. Groning. 727. 4. ²⁾

J. H. Edzard de fide librorum mercatorum. Argent. 740. 4.

H. Bodinus de libris mercat. suspectis. Hal. 756. 4.

H. G. Bauer et C. A. Brehm de probatione ex libr. merc. Lips. 784. 4.

W. Blanchard de probatione per libr. mercat. Colon. 786. 4.

J. L. C. Meister de fide librorum mercator. Gott. 789. 4.

J. N. Schafshausen de probatione per libr.
mercat. Gott. 795. 4.

Link von den Handelsbüchern der Kaufleute.¹⁾

Gegen den Beweis durch die Handelsbücher
eifert vorzüglich von Ludewig.⁴⁾

¹⁾ In Kleinii Vol. dissert. jurid. pag. 979. sqq.

²⁾ Handelt nicht so sehr von jenem besondern Falle, als
über die Beweiskraft der Handelsbücher im Allgemeinen.

³⁾ In den kleinen jurist. Schriften.

⁴⁾ In den Gel. Hall. Anzeigen von 1734. Halle 743. 4.
S. 1052.

Anmerkung. Diejenigen Abhandlungen, welche die
Erörterung einzelner auf die Beweiskraft der Handels-
bücher sich beziehenden Streitfragen enthalten, werden
in der Folge an ihrem Orte angeführt werden.

E r s t e s K a p i t e l.

Ueber den historischen Ursprung der
Beweiskraft der Handelsbücher.

Vergl. von Martens histor. Entwicklung des
Ursprungs des Wechsel-Rechts. Gött. 1797. 8.
§. 4. ff.

§. 8.

In den Zeiten des Mittelalters, vorzüglich in den auf die ersten Kreuzzüge zunächst folgenden Jahrhunderten, in welchen der Handel besonders in Italien eine größere Ausdehnung erhielt, waren die italienischen Staaten durch den starken Zusammenfluß so vieler fremder Völkerschaften von ausländischen Münzen überschwemmet worden. Auch hatte der verschwenderische Gebrauch des Münzrechts, welches die zahlreichen Staaten Italiens selbst ausübten, eine Menge der verschiedensten einländischen Münzen hervorgebracht. Es musste natürlich den Regierungen der einzelnen Länder viel daran gelegen seyn, Theils den Umlauf dieses entweder im fernem Auslande oder in andern Städten Italiens geprägten Geldes zu hemmen, um Verwirrungen mit den eigenen Münzen zu vermeiden, Theils ihre Unterthanen, die aus Unwissenheit oder durch die Noth dazu gezwungen, mit dem größten

Nachtheile ihr Geld umwechselten, von diesen Bedrückungen zu befreien. So lange die Ausübung des Geldwechsels einem Jeden frei stand, konnte der Staat weder den einen noch den andern dieser Zwecke erreichen; es mussten vielmehr zuverlässige Leute vorhanden seyn, durch deren Betriebsamkeit diejenigen Geldstücke, welche ausser Umlauf gesetzt werden solten, in die Münze geliefert, und die Staatsbürger vor fernern nachtheiligen Folgen und Betrügereien sicher gestellt werden konten.

§. 9.

Der Geldwechsel war daher bald nicht mehr ein freies Gewerbe für Jederman; es entstand eine eigene Classe von Kaufleuten, die Campsoren¹⁾, welche vom Staate das Vorrecht erhielten, dies Geschäft ausschliessend zu treiben. In der Folge aber beschränkte sich deren Thätigkeit nicht mehr auf das Umwechseln der Münzen, sondern sie erhielt almählig einen gröfsern Wirkungskreis. Die Campsoren übernahmen nun auch Zahlungen an fremde Oerter, welche sie durch Anweisungen bewerkstelligten, sie borgten für ihre eigenen Unternehmungen Geld auf²⁾, aber vorzüglich beschäftigten sie sich mit dem Ausleihen³⁾ von Geldsummen, Theils an Privat-Personen, Theils auch häufig an Fürsten⁴⁾ und Staaten. Ihre Geschäfte betrieben sie Anfänglich

nur auf den Messen, aber späterhin auch ausserhalb derselben. Wegen ihres ausserordentlichen Zinswuchers verloren sie almählig ihr Ansehen, und waren überhaupt manchen abwechselnden Schicksalen unterworfen.

¹⁾ In den deutschen Städten, wo solche Anstalten aufkamen, wurden sie Münzbürger genant. Der Geldwechsel war hier öfters ein Vorrecht der vornehmen Geschlechter (aber nicht in Hamburg). S. Büsch in der Handlungsbibliothek. Th. I. S. 382 ff.

²⁾ Entweder gegen geringe Zinsen oder gegen einen Antheil am Gewinne.

³⁾ Die Campsoren erhielten oft 12, 15, 20 und mehrere Procente.

⁴⁾ Besonders bedienten sich ihrer auch die Päpste, um durch sie die Gelder an sich zu ziehen, zu deren Zahlung katholische Länder unter mancherlei Vorwänden verpflichtet wurden.

§. 10.

Unter den vielen Verbindlichkeiten, welche die Campsoren gegen jenes ausschliessende Vorrecht, Wechselgeschäfte zu treiben, zu erfüllen hatten, war auch die Verpflichtung, ihre Bücher in gehöriger Ordnung zu halten. Das Herkommen, bald auch ausdrückliche Gesetze ¹⁾ ertheilten dagegen diesen Büchern volle Beweiskraft ²⁾, und achtete die von den Campsoren ausgestellten Scheine den öffentlichen Instrumenten gleich. In der Folge hörten sie zwar auf, einen öffentlichen Charakter zu behaupten, aber der ihren Büchern ertheilte Vorzug blieb, und war unterdessen durch

die Gewohnheit und die Gesetzgebungen, die sich durch vielfache Gründe dazu bewogen fanden, allen Kaufleuten als ein gemeinschaftliches Vorrecht mitgetheilt worden.

¹⁾ Die ältesten Statuten, die den Büchern der Campsoren Beweiskraft beilegen, sind die von Piacenza von 1391, und die von Bologna von 1454. S. von Martens S. 23. N. t.

²⁾ Vielleicht, so scheint es aus der Vergleichung italienischer Statuten nach der Zeitfolge ihrer Entstehung hervorzugehen, bewiesen diese Bücher der Campsoren Anfangs nur gegen den Verfasser selbst und dessen Erben, bald auch zu Gunsten desselben wider denjenigen, der sich darauf zum Beweise seiner Forderungen stützte, und endlich bewiesen sie auch für den Verfasser ohne fernere Einschränkung.

§. 11.

Aus Italien, welches sich durch seine frühere Cultur vor den übrigen Europäischen Ländern auszeichnete, und welches sich schon längst mit den benachbarten Staaten in Handelsverbindungen gesetzt hatte, verbreitete sich nachher jene Handelssitte auch in diese Länder, von denen Deutschland vielleicht dasjenige war, welches sie wenigstens in seinen südlichen Theilen am frühesten annahm. Denn wenn gleich deutsche Statuten und Landesgesetze zuerst im funfzehnten und sechszehnten Jahrhunderte den Büchern der Handelsleute Beweiskraft beilegen, so leidet es doch keinen Zweifel. daß diese nicht schon in ältern Zeiten, nachdem mit einer grössern Ge-

naugkeit der Handel betrieben wurde, und schon Geschäfte vorkamen, wobei die Kaufleute sich einander ein größeres Zutrauen bewiesen, und wo ohne weitere Errichtung schriftlicher Aufsätze die Contrahenten noch verhaftet blieben, zur festen Gewohnheit geworden war.

§. 12.

Unter den Gesezgebungen in Deutschland, die jener aus Italien eingewanderten Handelsgewohnheit zuerst ausdrückliche gesezliche Kraft ertheilten, gingen als eine natürliche Folge dieser Einwanderung, die in den Italien zunächst gelegenen Reichsstädten und Ländern denen der entferntern voran. Die Statuten von Nürnberg und Frankfurt, so wie das Würtembergische Landrecht, waren vielleicht die ersten Gesezbücher, die jener Gewohnheit erwähnten und nähere Bestimmungen in Ansehung derselben enthielten. Diesen folgten die Chursächsische Prozeß-Ordnung, die Statuten von Lübeck und Hamburg ¹⁾ u. s. w. Aber allenthalben war, wie gesagt, der Vorzug der Handelsbücher vielleicht Jahrhunderte früher schon Gewohnheitsrecht gewesen.

¹⁾ Die Hamburger Statuten von 1497 enthalten noch nichts von Handelsbüchern, sondern erst in den Statuten von 1605 sind ihnen die obigen zwei Artikel gewidmet.

Z w e i t e s K a p i t e l.

Ueber die Gründe der Beweiskraft der
Handelsbücher.

§. 13.

So sehr der den Handelsbüchern gegebene Vorzug beim ersten Anblicke mit allen Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit zu widerstreiten scheint, so sind doch die Beweggründe, welche diesen Vorzug veranlafsten, eben so wichtig als einleuchtend. Bei der ursprünglichen Entstehung der Gewohnheit, den Handelsbüchern der Pamporen vollen Glauben beizumessen, war es vorzüglich der Umstand, daß diese öffentliche vom Staate angestellte Beamte waren, welcher dazu Veranlassung gab, und welchen der Gesetzgeber nachher berücksichtigte, als jene Gewohnheit zum geschriebenen Gesetz wurde. In der Folge, da auch den Handelsbüchern der Kaufleute überhaupt Beweiskraft beigelegt wurde, konnte jener Umstand nicht mehr in Betrachtung kommen, sondern es traten andere Beweggründe ein, die eine solche außerordentliche Abweichung von der gewöhnlichen Rechtsregel rechtfertigen mußten. Dahin gehört vorzüglich Folgendes:

§. 14.

1. Aus der besondern Genauigkeit und Ordnung, womit die Handelsbücher geführt werden

müssen, indem dies dem Kaufmanne von der grösten Wichtigkeit ist, da seine ganze Existenz und guter Name von der Wahrheit und Richtigkeit seiner Bücher abhängt, entsteht eine Vermuthung für dessen Aufrichtigkeit im Aufzeichnen ¹⁾).

2. In Handelssachen fehlt es gewöhnlich an andern Beweisen des contrahirten Geschäfts ²⁾. Die Handlung würde auch nur in einem höchst beschränkten Umfange getrieben werden können, wenn erst über jedes einzelne Handelsgeschäft ein schriftlicher Aufsatz verfertigt oder Zeugen hinzugezogen werden müsten. Es würden hieraus für den Staat um so grössere Nachtheile entstehen, je mehr dessen Wohlfahrt überhaupt vom Handel abhängt.

¹⁾ Claproth Einleit. in den bürgerl. Prozeß. Th. 2. §. 233. S. 311.

²⁾ Carpzov. defin. forens. P. I. const. 17. def. 35. n. 4.

§. 15.

3. Vorzüglich aber kommt der Umstand in Betrachtung, daß ohne activen und passiven Credit kein Handel bestehen kann ¹⁾. Der Verkäufer ist häufig genöthigt, ohne weitere Verschreibung, ohne alle Sicherheit, den Worten des Käufers zu trauen, und ihm die Waare in Hofnung künftiger Zahlung zu überliefern; es ist daher der Billigkeit gemäs, auch des Verkäufers eigenem

Anschreiben Glauben zu geben, da ihm überdies an der Richtigkeit und Ordnung seiner Bücher Alles gelegen seyn muß. Nicht weniger selten sind auf der andern Seite die Fälle, wo Jemand dem Kaufmanne selbst Zutrauen bewiesen, ohne sich weitere Beweise darüber verschafft zu haben, z. B. wenn er ihm Waaren auf Rechnung geliefert hat. Hier ist es eben so billig, daß er bei künftigen Streitigkeiten sich der Handelsbücher des Kaufmanns selbst zu seinem Beweise bedienen könne ²).

4. Wer überhaupt mit einem Kaufmann auf Rechnung handelt, giebt ihm gleichsam dadurch stilschweigend die Erlaubnis, die gelieferten Waaren in seine eigenen Bücher zu dem Endzwecke einzutragen, damit man stets die nöthige Kenntnis über das eingegangene Geschäft haben könne, und scheint dadurch im Voraus dessen Rechtlichkeit im Aufzeichnen anzuerkennen.

¹) S. die Vorrede zu den Lübecker Statuten.

²) Häufig bringt es auch der Gerichtsgebrauch einzelner Länder mit sich, daß in solchen Fällen der beklagte Kaufmann zur Edition seiner Bücher verpflichtet sey, vorzüglich wenn der Kläger nicht so sehr zur Begründung seiner Klage, als vielmehr zur Unterstützung derselben, und zur nähern Entwicklung seiner Ansprüche dieselbe verlangt. Roesener in D. cit. cap. IX. n. 11. Stryk U. M. P. ad Tit. de edendo §. 20. Schoepf. dec. 13. n. 6. 7.

D r i t t e s K a p i t e l .

Von den zur Beweiskraft der Handels-
bücher nöthigen Erfordernissen.

§. 16.

Diese Erfordernisse sind Theils allgemeine, ohne Rücksicht auf einen einzelnen Gegenstand, Theils beziehen sie sich auf die Handelsbücher selbst und deren Beschaffenheit, oder auf das einzelne zu beweisende Geschäft, oder auf die Person des Kaufmanns.

I. Im Allgemeinen.

Der Kaufmann, welcher durch seine Handelsbücher den Beweis führen will, muß zuvörderst diejenigen seiner Bücher produciren, auf welchen die Beweiskraft beruht.

Wenn gleich es hier nicht der Ort ist zu untersuchen, wie eigentlich in kaufmännischer Hinsicht die Bücher geführt werden müssen, so ist es doch nöthig, zur Erläuterung dieses Satzes in Beziehung auf das kaufmännische Buchhalten Folgendes anzuführen:

§. 17.

Es giebt zwei Arten des Buchhaltens, das einfache oder deutsche, und das doppelte oder italienische. Die erstere Art erfordert eine ge-

ringere Geschiklichkeit als die zweite, und ist, weil sie in Ansehung des Nutzens, den sie gewährt, dem doppelten Buchhalten nicht gleichkömt, lange nicht mehr so gewöhnlich wie dieses, am wenigsten bei Handlungen von bedeutendem Umfange; sie wird nur noch bei Detail-Handlungen angewendet. Der Unterschied zwischen beiden Arten besteht vorzüglich darin, daß beim einfachen Buchhalten alle Posten sich nur einmal aufgezeichnet finden, d. h. daß nur wirkliche Personen Contos im Hauptbuche erhalten; beim italienischen Buchhalten hingegen wird in das Hauptbuch Alles doppelt eingetragen, unter die Rubrik der Personen und der Sachen (des Subjects und des Objects), so daß hier auch letztere ihre besonderen Contos erhalten. Daher herrscht bei diesem eine grössere Genauigkeit, es gewährt eine leichtere Uebersicht des Zustandes der Handlung, und die Entdeckung vorgefallener Rechnungsfehler ist darin erleichtert, so wie man auch mit mehrerer Zuverlässigkeit in jedem Augenblicke auffinden kann, ob die Handlung Jemandem, mit dem sie in Rechnung steht, etwas schuldig sey oder von ihm zu fordern habe.

§. 18.

Das einfache Buchhalten geschieht vorzüglich durch die richtige Führung dreier Bücher, nemlich des Memorials, des Cassebuchs und des

Hauptbuchs (Mastro), wiewohl noch' mehrere Hilfsbücher vorkommen können, z. B. Riscontro, Bankbuch, Lagerbuch u. s. w. Aus dem Memorial, dem Cassenbuch u. s. w. werden nun die einzelnen Posten ins Hauptbuch übergetragen, und auf diesem beruht hier hauptsächlich die Beweiskraft, da die einzelnen Geschäfte nur hierin sich vollständig aufgezeichnet finden.

§. 19.

Bei dem italienischen Buchhalten werden alle Geschäfte, wie sie sich täglich ereignen, in chronologischer Folge in das Memorial (Kladde, Strazze) eingeschrieben, zwar mit beliebiger Kürze, aber auch mit der grösten Genauigkeit in den Berechnungen. Was nun in diesem Memorial bemerkt ist, wird ausführlich und genau geordnet in das Journal übergetragen, jedoch gleichfals in chronologischer Folge. Aus diesem Journale werden sodann alle Posten in ein drittes Buch, das s. g. Hauptbuch, eingezeichnet und hier unter bestimmte Rubriken gebracht. Ausser den obigen Büchern giebt es aber noch verschiedene Hilfs- und Nebenbücher, deren Nothwendigkeit und deren Anzahl sich nach dem Umfange und den Bedürfnissen einer jeden Handlung richtet.

§. 20.

Allein bei Handlungen von bedeutendem Umfange und Wichtigkeit erhält das italienische Buch-

halten eine ganz andere Gestalt, indem wegen der Menge der aufzuzeichnenden Geschäfte hier die Haltung eines Memorials oder Kladde ganz unmöglich wird. Hauptbücher bleiben freilich das Journal und das Hauptbuch; allein das erstere, (aus welchem auch hier alle Geschäfte und Posten unter Rubriken ins Hauptbuch übergetragen werden) wird nun Statt aus der hinwegfallenden Kladde, aus folgenden Haupt-Nebenbüchern gebildet;

1. dem Einkaufsbuche, worin alle Waaren-Einkäufe, welche auf dem Platze gemacht werden, eingetragen, und womit sodann die Rechnungen der Verkäufer verglichen werden,

2. dem Verkaufsbuche für alle Waaren-Verkäufe,

3. dem Bankbuche ¹⁾, worin alle Zahlungen in Banco in Debit und Credit eingeschrieben werden (das grosse Cassebuch für die Zahlungen in Banco),

4. dem Cassebuche, welches alle baaren Einnahmen und Ausgaben enthält,

5. dem Wechselbuche für die Aufzeichnung aller von Fremden auf fremde Plätze gezogenen Wechsel,

6. dem Fakturbuche für die Rechnungen von solchen Commissions-Geschäften, wo Waaren auf fremde Order für fremde Rechnung eingekauft sind,

7. dem Verkaufs-Rechnungen-Buche für die Rechnungen von Waaren, die von Auswärtigen in Commission zum Verkaufe gegeben sind,

8. dem Buche für die von auswärtigen Kaufleuten eingesandten Rechnungen. Es enthält alle Rechnungen fremder Kaufleute, über Commissions-Geschäfte, die sie Auftragsmälsig besorgt, wobei also der Eigenthümer des Buchs der Committent war.

9. dem Assekuranz-Rechnungen- und Unkosten-Rechnungen-Buche. Hierin finden sich Theils die Rechnungen von den für Auswärtige besorgten Assekuranzen, Theils die Unkosten-Rechnungen von Speditions-Geschäften aufgezeichnet. Gewöhnlich ist für beide Arten von Rechnungen ein Buch bestimmt, indem es zu weitläufig seyn würde, für jede Gattung ein besonderes zu halten.

10. dem Memorial, worin alle Posten, die sich in keinem der vorhergehenden Bücher eingetragen finden, aufgezeichnet werden.

Aus diesen Haupt-Nebenbüchern werden sodann alle einzelnen Geschäfte und Posten in chronologischer Ordnung entweder täglich oder in Zwischenräumen von einigen Tagen, in das Journal übergetragen.

1) Dies Buch muß natürlich in den Handelsstädten hinwegfallen, wo keine Banken vorhanden sind, wo also alle gemachten und erhaltenen Zahlungen in das Cassebuch aufgezeichnet werden müssen.

§. 21.

Bei bedeutenden Handlungen finden sich ausserdem noch folgende, zum Theil unentbehrliche Nebenbücher:

1. Ein Copiebuch für die Briefe, welches gewöhnlich nach den Buchstaben in mehrere Bände getheilt ist ¹⁾).

2. Das Riscontro, worin alle, sowohl auswärtige als einheimische Kaufleute, mit denen das Handlungshaus in Geschäften steht, ihre Contos nach Debit und Credit erhalten, so daß daraus sogleich das (entweder active oder passive) Verhältniß zu ihnen ersehen werden kann. Dies Buch wird aus der Riscontro-Kladde gebildet, worin alles dasjenige aus den ankommenden Briefen aufgezeichnet wird, was auf ein solches Verhältniß zu andern Kaufleuten Beziehung haben kann.

3. Das Trattenbuch für die Aufzeichnung aller von Fremden gezogenen Wechsel oder Tratten. Hiezu gehört noch ein (kalenderartiges) Tratten-Register, worin sich die Verfalltage der Tratten bemerkt finden.

4. Das Rimessenbuch, worin alle von Fremden zur Zahlung remittirten Wechsel eingetragen werden.

5. Das Policenbuch zum Copiren der Policen von Seeassekuranz-Compagnien. Hiemit steht das Assekuradeurs-Riscontro in Verbindung.

6. Das Discontobuch, für die Aufzeichnung des Discontos von allen Rimessen, die vor der Verfalzeit eingekauft oder verkauft werden.

7. Das Interessen-Rechnungen- oder Abschlussbuch. Wenn die Handlung ihr Verhältniß zu fremden Kaufleuten, mit denen sie in Verbindung steht, jährlich aus dem Riscontro ansehen hat, so berechnet sie entweder diesen oder sich selbst Zinsen, je nachdem das gegenseitige Verhältniß für die Fremden oder für sie vortheilhaft ist.

8. Das Lagerbuch, worin die Waaren nach ihrem Einkaufs- oder Verkaufspreise ihre Contos erhalten.

9. Das Speditionsbuch, worin die Ankunft und der Abgang der Speditionswaaren bemerkt wird.

10. Das Calculationsbuch für die Bemerkung der Preise der Waaren, mit den dabei vorkommenden Unkosten.

11. Das Correspondentenbuch, welches die Nachrichten enthält, welche in Ansehung derjenigen, mit denen die Handlung in Verbindung getreten ist oder treten will, sind eingezogen worden.

12. Das Briefportobuch.

13. Ein Buch für diverse Notizen.

1) Z. B. in vier Bände von A bis F, G bis M, N bis S und T bis Z, so daß der erste Band die Abschriften der Briefe von denjenigen Kaufleuten enthält, deren Name dem Anfangsbuchstaben nach unter A bis F enthalten ist, u. s. w.

Vorausgesetzt, daß der Vorzug der Beweiskraft den Handelsbüchern im Allgemeinen ertheilt sey, ergiebt es sich bei näherer Untersuchung der Frage, auf welchen Büchern sie eigentlich vorzüglich beruhe, leicht, daß beim doppelten Buchhalten das Journal dasjenige Buch sey, welches bei gerichtlichen Untersuchungen von Handelsstreitigkeiten am meisten entscheidet; denn Theils erfordert dessen Führung einen vorzüglichen Fleiß und eine besondere Sorgfalt, Theils enthält nur dasselbe die einzelnen Geschäfte mit allen dazu gehörigen Umständen aufgezeichnet. In dem Memorial (oder den Haupt-Nebenbüchern) wird hingegen nur Alles kurz notirt, und kann daraus der einzelne Posten selten in seiner ganzen Vollständigkeit ersehen werden; das Hauptbuch ist aber nur eine Abschrift des Journals, und dieses in der That das Hauptbuch, auch wird jenes oft erst mehrere Monate später verfertigt als dieses. Wo aber die Handlungen kein Journal halten, sondern, wie es der Fall seyn kann, aus dem Memorial sogleich in das Hauptbuch übertragen lassen, da beruht natürlich aus denselben Gründen die Beweiskraft vorzüglich auf dem letztern. Jedoch ist es der Billigkeit gemäs, und es wird auch zur Vermehrung der Glaubwürdigkeit beitragen, wenn neben denjenigen Büchern, auf denen die Beweiskraft vorzüglich

beruht, auch alle übrigen vorgelegt werden, in welchen das streitige Geschäft sich angemerkt findet, um durch die Uebereinstimmung aller Bücher die Richtigkeit desselben noch sicherer begründen zu können ¹⁾. Solten auch einzelne Punkte in Frage kommen, die in den Hauptbüchern oder Haupt-Nebenbüchern sich nicht aufgezeichnet finden, worüber man also aus diesen keine Aufklärung verschaffen kann, welche daher aber auch nie von grosser Wichtigkeit seyn werden ²⁾, so beruht deren Beweis natürlich auf den übrigen Nebenbüchern.

¹⁾ Dies findet sich auch ausdrücklich vorgeschrieben im Alg. Gesetzb. für die Preuss. Staaten, Th. II. Tit. 8. §. 567.

²⁾ Z. B. etwa die nähere Auseinandersetzung der Briefporto-Rechnungen aus dem Briefporto-Buche.

§. 23.

Ein ferneres allgemeines Erfordernis ist, daß das Daseyn eines Handelsverkehrs unter den streitenden Theilen sonst schon erwiesen seyn muß; denn wo das nicht der Fall ist, da kann von einem bewiesenen Zutrauen nicht die Rede seyn. Indessen ist es nicht selten, daß nach der Praxis das Gegentheil Statt findet.

Anmerk. Dagegen schreibt die in der Einleitung angeführte Meklenburgische Constitution §. 2. den Kaufleuten vor, keinem Bedienten, ohne einen von der Herschaft eigenhändig unterschriebenen Zettel, Waaren verabfolgen zu lassen, es müste denn diese mit dem Kaufmann ein

s. g. Contrabuch halten, oder demselben ein- für allemal schriftlich angezeigt haben, daß er dem Bedienten das bloß mündlich Verlangte überlassen solle. Sind dennoch Waaren verabfolgt worden, so können diese durch die Bücher nicht bewiesen werden; auch soll auf deren Bezahlung nicht erkant werden, es müste denn der Kaufmann eine versio in rem der Herschaft beweisen.

§. 24.

II. Erfordernisse in Ansehung der Handelsbücher sowohl im Allgemeinen, als ihrer äussern und innern Beschaffenheit nach.

I. Das Handelsbuch, worauf sich der Kaufmann beruft, muß im Original vorgelegt werden, und selbst ein beglaubigter Extract ist nicht hinreichend. Denn es kömmt ja nicht bloß darauf an, Alles, was sich auf das einzelne streitige Geschäft bezieht, in Gewisheit zu setzen, sondern die ordnungsmässige Beschaffenheit und Unverdächtigkeit des ganzen Buchs zu untersuchen. Aus diesem Grunde dürfen auch die übrigen Blätter des Buchs nicht versiegelt seyn. Wenn man dagegen behauptet, daß dem Kaufmann in den meisten Fällen viel daran liege, den Zustand seiner Handlung nicht bekant werden zu lassen, so kann dies doch kein hinreichender Grund seyn, ihn von jener Verbindlichkeit zu befreien. Wenn ihm daher nicht besondere Gesetze ¹⁾ zu Hülfe kommen, oder die Unverdächtigkeit des Buchs im Allgemeinen dem Richter nicht schon aus frühern Fällen hinreichend erwiesen ist, so kann er von

jener Verbindlichkeit nicht frei gesprochen werden. Freilich stellen manche Rechtsgelehrte ²⁾ hier abweichende Meinungen auf.

¹⁾ Z. B. die Bremensche Gerichtsordnung von 1751. Tit. XVIII. §. 2., nach welcher es dem Producenten freistehet, nur *clausulam concernentem* offen zu legen.

²⁾ Carpzov. *defin. forens.* P. I. const. 7. def. 5. Marquard l. c. lib. III. cap. 10. n. 36. Roesener l. c. cap. IX. n. 14. Dagegen unterscheidet Krohn l. c. cap. III. n. 108 sqq. die Fälle, wo ein einzelnes Geschäft bewiesen werden soll, von denen, wo die Beschaffenheit des ganzen Buchs zu untersuchen ist.

§. 25.

2. Die Bücher müssen durch den Kaufmann selbst oder einen mit der Führung derselben beauftragten Buchhalter geschrieben seyn. Heutiges Tages ist es sehr gewöhnlich, daß die bedeutenden Handlungshäuser ihre Bücher durch besondere dazu angestellte Buchhalter führen lassen, und es wird deshalb deren Glaubwürdigkeit keinesweges in Zweifel gezogen ¹⁾. Schon nach einer bekanten Regel des gemeinen Rechts wird dasjenige, was Jemand durch einen Andern thun läßt, ihm so angerechnet, als wenn er es selbst gethan ²⁾; und was sich in dem Handelsbuche eines Kaufmanns geschrieben findet, dafür streitet die Vermuthung, daß es zufolge eines Auftrags, oder mit Bewilligung desselben, geschrieben sei. Dagegen wollen viele Rechtsgelehrte

den durch einen Buchhalter geführten Handelsbüchern alle Glaubwürdigkeit absprechen ³⁾, und auch in Gesetzen ⁴⁾ findet es sich ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Kaufleute ihre Bücher eigenhändig geschrieben haben sollen.

¹⁾ Carpzov. defin. for P. I. const. 17. def. 35. n. 10. Marquard l. c. lib. III. cap. 9. n. 29. sqq. Roesener l. c. cap. VII. n. 8. sqq. Klein l. c. cap. II. n. 132. sqq. Blanchard in D. all. Schafshausen l. c. §. VII. pag. 14. — Geiger und Glück in den merkw. Rechtsfällen Th. I. n. 4. §. 7. führen sogar einen Fall an, wo demjenigen, was die Tochter eines Kaufmanns in die Bücher geschrieben hatte, Beweiskraft beigelegt, und dieselbe darüber zum Ergänzungseide gelassen wurde. — Nach der K. K. alg. G. O. §. 119. n. a. soll das Handlungsbuch nur nicht von unterschiedlichen Händen zu einer Zeit geschrieben seyn. (S. das in der Einleitung §. 5. not. 6. angeführte Handbuch, im 4ten Bde. S. 215.)

²⁾ C. 68. 72. de regulis juris in 6to. (V. ult.)

³⁾ Mevius ad jus Lub. L. V. t. 6. art. 4. n. 23. Bodinus de libris mercat. suspect. cap. 2. §. 28. Sie berufen sich vorzüglich darauf, daß der Hauptgrund des Privilegiums in der Aufrichtigkeit, die bei dem Kaufmanne vermuthet werde, liege, weshalb es nicht hinreiche, daß ein Anderer, als von dessen Geschäften die Rede sey, die Bücher geführt habe; auch führe der Titel des Buches nicht des Buchhalters, sondern des Kaufmanns Namen u. s. w. Daher verlangt Mevius, daß besondere Ortsgewöhnheit das Gegentheil mit sich bringen müsse.

⁴⁾ Z. B. in der Meklenburg. Hof- und Landgerichts-Ordnung P. II. T. XXVII. §. 1. Güstr. Canzlei-Ordnung T. XXVIII. §. 1. Jedoch ist dies nur bei Krämern und Handwerkern anwendbar.

§. 26.

3. Die Bücher müssen in kaufmännischer Form mit der nöthigen Ordnung und Genauigkeit geführt seyn, d. h. die gewöhnliche Art der Kaufleute, ihre Bücher zu führen, muß dabei beobachtet seyn. Sie müssen namentlich im Allgemeinen Beides, Einnahmen und Ausgaben, enthalten ¹⁾. Auch

4. müssen sie in der Sprache des Landes selbst, oder in einer im Lande sonst bekanten nicht ungewöhnlichen Sprache geschrieben seyn. Es wird also keinen Unterschied machen, wenn Kaufleute, welche aus dem Auslande herkommen, ihre Handelsbücher in ihrer Muttersprache führen, so bald diese nur mit jenen Bedingungen übereinstimt ²⁾; aber aus demselben Grunde kann es auch den Jüdischen Kaufleuten nicht freistehen, ihre Bücher in Jüdischer Sprache zu schreiben ³⁾. Lezterer Grundsatz findet sich auch häufig in den Gesetzen ausdrücklich sanctionirt ⁴⁾.

¹⁾ Hamb. Stat. am a. O. art. 7. — auch ihre Handelsbücher ordentlich und richtig, ehrbarer Kauffleute Gebrauche gemäß, gehalten, und darin nicht allein Creditum, sondern auch Debitum gemeldet. — Kais. Kön. alg. G. O. §. 119. n. 6. (Handbuch u. s. w. Bd. 4. S. 215.)

²⁾ Nach der Kais. Kön. alg. G. O. §. 119. n. 5. soll das Buch in deutscher, wälscher, französischer oder in der Landesüblichen Sprache geführt seyn. (S. das in der Einleit. §. 5. not. 6. angeführte Handbuch u. s. w. Th. 4. S. 216. Th. 9. S. 200.) Insbesondere verbietet noch

das als Ergänzung des 119. §. der alg. G. O. publicirte Hofdekret vom 2. Jun. 1788. den Kaufleuten von Triest, sich der griechischen Sprache bey Führung der Handelsbücher zu bedienen. (Ebend. Th. 16. S. 800.)

3) Schreiber de invaliditate librorum mercatoriorum, in lingua judaica conscriptorum. Marb. 1766. 4.

4) Schon die Reichs-Polizei-Ordnung von 1577. Tit. 20 §. 3. enthält eine ähnliche Vorschrift; ferner die Hessen-Darmstädtsche Juden-Ordnung §. 10. (Gazert de Judaeorum in Hassia juribus §. 13.) Die Mainzische J. O. von 1783 (in Schlözers Staats-Anz. Hft. 24. S. 502). Orth Bemerk. zur Frankf. Ref. Th. I. S. 181. Alg. Geszb. für die Preuss. Staat. Th. II. Tit. 8. §. 590. Kais. Kön. Hofdekret vom 1. Okt. 1781. (S. das in der Einleitung §. 5. not. 6. angeführte Handbuch im 4ten Bde S. 60. und im 9ten Bde S. 327.)

§. 27.

5. Endlich muß die äussere und innere Beschaffenheit der Bücher in aller Hinsicht unverdächtig seyn. Dahin gehören vorzüglich folgende Umstände:

a. sie müssen ordentlich gebunden seyn, und nicht aus einzelnen so leicht zusammen gehefteten Bogen bestehen, daß davon ohne Mühe einige hinweggenommen und in deren Stelle andere hineingelegt werden können; eben so müssen sich keine einzelne eingeklebte oder eingheftete Blätter finden, noch müssen andere herausgerissen seyn ¹⁾. Damit dies auch so sehr als möglich erschwert werde, müssen die Bücher gehörig mit Seitenzahlen versehen seyn.

b. es muß Nichts ausgestrichen oder radirt

seyn, noch dürfen einzelne Stellen durch Aenderungen unleserlich gemacht seyn; und eben so wenig dürfen Abkürzungen vorkommen ²⁾).

c. auch müssen keine Handelsgeschäfte in den Büchern sich aufgezeichnet finden, welche in der That nie geschlossen waren, sondern die der Kaufmann, um seinen Credit zu vermehren oder aus einem andern Beweggrunde erdichtete ³⁾).

Ob nun dergleichen Umstände vorhanden sind, aus denen eine verdächtige Beschaffenheit der Bücher hervorgehen könnte, muß durch Sachverständige untersucht, und nach dem Resultate dieser Untersuchung alsdann beurtheilt werden, in wie fern dadurch die Glaubwürdigkeit der Bücher entkräftet werde.

¹⁾ Dies ist namentlich im Alg. Gesezb, für die Pr. St. am a. O. §. 605. vorgeschrieben.

²⁾ Ebendasselbst.

³⁾ Ebend. §. 606. Langermann l. c. cap, III. sect. I. §. 4,

§. 28.

III. Erfordernisse in Ansehung des einzelnen zu beweisenden Geschäfts.

1) es muß ein kaufmännisches Geschäft seyn, denn ein Privilegium ist auf den einzelnen in demselben bezeichneten Fall zu beschränken. Jedoch gilt dies von Handelsgeschäften im weitern Sinne ¹⁾).

2) es muß ausführlich, mit allen nähern Umständen und Bedingungen angegeben seyn; es

mufs nicht blos der Name des Gegners und die Zeit der Abschliessung, sondern auch namentlich der Grund der Forderung (*causa debendi*) bestimmt seyn ²⁾).

3. Ueber das streitige Geschäft mufs nicht schon ein schriftlicher Aufsatz vorhanden seyn. Zu weit geht man hier, wenn man demselben überhaupt eine solche Beschaffenheit beilegen will, dafs darüber gewöhnlich kein schriftlicher Contract verfertigt zu werden pflege.

4. Dafs aber dasselbe auch mit einem Kaufmanne eingegangen sey, dafs also zwei Kaufleute mit einander contrahirt haben müsten, ist nach allgemeinen Grundsätzen keinesweges erforderlich. Nach bisherigen Deutschen Rechten ist es fast allgemein eingeführt, dafs die Handelsbücher auch gegen den Nichtkaufmann Beweiskraft haben. Jedoch haben einzelne Landesgesetze häufig den Handelsbüchern da, wo gegen einen Kaufmann der Beweis geführt wird, eine vorzüglichere Beweiskraft beigelegt ³⁾).

¹⁾ Vergl. das fünfte Kap. §. 40.

²⁾ Mevius ad jus Lubec. P. V. Tit. 6. art. 4. n. 24 Hamb. Stat. am a. O. art. 7. "mit Benennung Jahres, Monates und Tages geschrieben, die Ursache der Schuld gemeldet" u. s. w.

³⁾ Vergl. das sechste Kap. §. 47.

§. 29.

IV. Erfordernisse in Beziehung auf die Person des Kaufmanns.

Der Kaufmann, dessen Bücher Beweiskraft haben sollen, muß in einem guten und unbescholtenen Rufe stehen¹⁾, und nicht schon früher eines Betruges in Handelsgeschäften überwie sen seyn, weil man alsdann ihm das nöthige Zutrauen nicht hätte beweisen können¹⁾. Dafs er sich vorzüglicher Verbrechen schuldig gemacht, und dadurch die Ehrlosigkeit sich zugezogen habe, ist gerade nicht erforderlich, wenn gleich es einleuchtender bleibt, dafs Fals er eines solchen auffallenden, seinen ehrlichen Namen schändenden Verbrechens²⁾ durch ein besonderes richterliches Erkenntnis überführt worden, seine Handelsbücher nun weiter keinen Glauben verdienen können. Aber, eben so wenig darf ihnen dieser ertheilt werden, wenn der Kaufmann überhaupt Handlungen begangen, die ihm einen guten Ruf und das Zutrauen Anderer im bürgerlichen Leben entziehen müssen³⁾, denn es würde schon hier den Gründen des Privilegiums eben so sehr entgegen seyn, seinen Büchern Glauben beimessen zu wollen. Jedoch behalten sie in einem solchen Falle stets die Beweiskraft gegen den Kaufmann selbst, denn aus eigner Schande darf Niemand Vorthail ziehen, noch sich darauf zum Nachtheil Anderer berufen; und aus demselben Grunde können sie

auch dann nicht für ihn und gegen den andern Contrahenten beweisen, wenn dieser die den Glauben benehmenden Eigenschaften oder Handlungen des Kaufmanns gekant hat. Manche Rechtsgelehrte haben gleichwohl das Gegentheil vom letztern Satze behauptet ⁴⁾.

¹⁾ Hamb. Stat. am a. O. art. 6. "und dieselben Kauff- und Handelsleute in ihren Gewerben aufrichtig befunden, und eines guten Nahmens und Leumuths sind" — . Roesener l. c. cap. XIV. n. 15. Krohn l. c. cap. II. n. 17. Langermann l. c. cap. II. sect. 3. Edzard l. c. §. XI. pag. 15. Bauer l. c. cap. 6. Blanchard in D. cit. Schafshausen §. XVII. pag. 22.

²⁾ z. B. eines Meineids, falschen Zeugnisses u. s. w.

³⁾ Alg. Gesezb. für die Preuss. Staat. am a. O. §. 611. Hat ein Preussischer Kaufmann eine Forderung eingeklagt, deren bereits erfolgte Zahlung dargethan wird, so geht die Beweiskraft seiner Bücher auf immer verloren, er müste denn ohne seine Schuld von der geschehenen Zahlung nicht unterrichtet worden seyn.

⁴⁾ Weil der Gegner alsdann stilschweigend auf die Einrede Verzicht geleistet zu haben scheine. Schafshausen e. l. §. XVII. pag. 23.

Anmerkung. Es ist unnöthig, hier die Frage zu beantworten, bei welcher sich jedoch die Juristen häufig aufgehalten haben (z. B. Langermann l. c. cap. II. sect. 3 §. 2. Edzard l. c. §. XI. pag. 15.), wer das Daseyn solcher den Glauben entziehenden Handlungen zu beweisen habe, denn nach bekanten Grundsätzen des gemeinen Rechts fällt die Beweislast demjenigen zu, welcher sich darauf beruft. L. 18. §. 1. D. de probation. (XXII. 3) Mevius ad jus Lubec. P. V. tit. 6. art. 4. n. 15.

Was die Beweiskraft der Handelsbücher eines Falliten betrifft, so lassen sich darüber im Allgemeinen keine genaue Bestimmungen machen, sondern Vieles bleibt dabei dem Ermessen des Richters überlassen. Die Rechtsgelehrten¹⁾, welche jedoch in ihren Meinungen von einander abweichen, berücksichtigen häufig den höhern oder geringern Grad der Verschuldung des Falliten beim ausgebrochenen Bankerotte, und bestimmen Verhältnismässig danach die Stärke der Beweiskraft. Dagegen enthalten die Gesetze selten besondere Verfügungen für diesen Fall; wo sie sich indessen finden, sind sie eines ähnlichen Inhalts²⁾. Aber häufiger bestimmen sie die Strafen für die widerrechtlichen Handlungen, deren sich der Fallit in Beziehung auf seine Bücher schuldig gemacht haben kann³⁾.

¹⁾ Vergl. vorzüglich Heineccius de mercatorum, qui foro cesserunt, rationibus. Frkf. 1728. 4. (Oper. T. II. exc. 15.) Bodinus de libris mercatorum suspectis. Hal. 1756. 4.

²⁾ Nach dem alg. Gesezb. für die Preuss. St. am a. O. §. 609. 610. sollen die Bücher eines muthwilligen oder betrüglichen Falliten allen Glauben verlieren; bei fahrlässigen und unbesonnenen Bankerotten können sie aber zur Unterstützung anderer vorhandenen Beweismittel gebraucht werden. — Die Kais. Kön, alg. G. O. §. 119. n. 6. verlangt, dass die Unschuld des Falliten volstän-

dig erwiesen sey. (S. das Handbuch u. s. w. Bd. 9. S. 200.

- *) Nach der Stadt Hamburg neuen Falliten-Ordnung (Art. 102. n. 1. 3. 8. Art. 104. n. 3.) sollen diejenigen Falliten, die ihre Bücher an die Seite bringen, oder durch Verfälschung derselben sich des criminis falsi schuldig machen, oder sie in gefährlicher Absicht zur Verhehlung ihres Vermögensstandes nicht in guter Ordnung halten, wie vorsätzliche und boshafte, die sie aber aus blosser Nachlässigkeit über zwei Jahre in Rückstand haben, als leichtsinnige Falliten angesehen und behandelt werden. — Alg. Gesezb. für die Preuss. St. Th. II. Tit. 20. §. 1455. 1468.

§. 31.

Der Richter wird hier vorzüglich den Fall, wo gegen den Gläubiger und für die Concursmasse durch die Bücher des Falliten bewiesen werden soll, von demjenigen unterscheiden müssen, wo für den Gläubiger und gegen die Masse der Beweis zu führen ist. Erscheint der Fallit nur sonst als ehrlicher Mann, so läst sich ohne Bedenken behaupten, daß seine Bücher, Fallsie nur in der gehörigen Ordnung und mit Genauigkeit geführt sind, im erstern Falle dieselbe Beweiskraft haben müssen, welche sie gehabt haben würden, wenn es nicht zum Concurs gekommen wäre. Auch im andern Falle beweisen die Bücher für den Gläubiger gegen den Falliten selbst ohne Zweifel; allein ganz anders verhält es sich, wenn der Gläubiger gegen die jetzige

Concursmasse den Beweis führen will. Denn hier würden die Bücher des Falliten eigentlich gegen Dritte, gegen die übrigen Gläubiger der Masse, beweisen; aus welchem Grunde, und weil Unterschleif und Betrügereien dabei zu leicht vorkommen können, wohl nur ein sehr schwacher Beweis darauf gebauet werden darf.

V i e r t e s K a p i t e l.

Von den zum Beweise durch Handels-
bücher berechtigten Personen.

§. 32.

Wer eigentlich zum Beweise durch Handelsbücher berechtigt sey, darüber lassen sich nach allgemeinen Grundsätzen keine bestimmten Grenzen ziehen, und sowohl die Rechtsgelehrten als die einzelnen Landesordnungen und Statuten stellen hier die grösten Abweichungen auf.

Da Privilegien am wenigsten in Ansehung des berechtigten Subjects eine Ausdehnung zulassen, so darf man auch nur den Kaufleuten das Recht zugestehen, durch ihre Handelsbücher beweisen zu können. Dagegen steht es aber auch allen denen zu, die sich mit dem Handel im weiteren Sinne des Worts beschäftigen, denn bei allen diesen finden die oben bemerkten Gründe des Privilegiums ihre Anwendung. Es gehören dahin nicht bloß diejenigen, welche den Umsatz von Waaren in unveränderter Gestalt des Gewinnes wegen betreiben, mag derselbe nun durch Kauf und Verkauf, oder durch andere Geschäfte Statt finden, sondern auch alle die, welche sich mit den Hülfsgewerben des Handels beschäftigen¹⁾. Zu diesen rechnet man den Commissions-

und Speditions-Handel, die Makelei, die Wechselgeschäfte, die Rhederei, die Assekuranzen u. s. w. Aber keinesweges darf man zu Handelsleuten im weitem Sinne diejenigen zählen, welche, wenn sie auch eingekaufte Waaren umsetzen, ihnen doch zuvor durch Umarbeitung eine veränderte Gestalt gegeben haben. Das Privilegium ist also eben so wenig den Buchhändlern, Wechslern, Macklern ²⁾ u. s. w. vorzuenthalten, als es nach allgemeinen Grundsätzen den Fabrikanten, Handwerkern, Brauern und Gastwirthen zu ertheilen ist. Insofern auch die Apotheker mit den eingekauften Waaren in unveränderter Gestalt einen Handel treiben, darf man ihren Büchern in Ansehung dieses Handels die Beweiskraft nicht absprechen.

¹⁾ von Martens Handelsrecht §. 8. S. 12. Langermann in D. cit. cap. II. sect. 2. §. 5.

²⁾ In Ansehung der Maklér werden jedoch selten Streitigkeiten veranlaßt werden, da der Glaube, den ihre Bücher und schriftlichen Aufsätze verdienen, in den Handelsstädten, wo sie vorkommen, besonders gesetzlich normirt seyn wird.

§. 33.

Wenn gleich mit den obigen Grundsätzen die Praxis einzelner Länder häufig übereinstimmt, so herrschen doch sowohl in den Meinungen der Juristen, wie in den einzelnen Gesetzen und Verordnungen die auffallendsten Abweichungen und

Verschiedenheiten. So erwähnen die Legislationen, die über die Beweiskraft der Handelsbücher Verfügungen enthalten, fast allgemein der Krämer als berechtigten Personen des Privilegiums, aber dennoch wollen manche Rechtsgelehrte diese davon ausschliessen, weil sie nicht zu den Kaufleuten gehörten ¹⁾. Aber noch auffallender ist es, daß andere mit Struben den Büchern der Wechsler alle Beweiskraft benehmen wollen ²⁾. Die Gründe des Privilegiums treten bei den Bankiers eben so gut ein, wie bei den übrigen Kaufleuten ³⁾. Auch würde man ja ganz dem geschichtlichen Ursprunge des Vorzugs der Handelsbücher entgegen handeln, wenn man denselben den Büchern der Wechsler nehmen wolte, da (wie im ersten Kapitel gezeigt ist) nach der Geschichte des italienischen Handels die Bücher der Campsoren eben die ersten waren, auf deren ordentliche Einrichtung gedrungen, und denen gesetzlich ein hoher Grad von Glaubwürdigkeit beigelegt wurde ⁴⁾. Die Gesetze haben auch oft auf die Bankiers besonders Rücksicht genommen ⁵⁾.

¹⁾ Roesener in D. cit. cap. IV. n. 20. Langermann l. c. cap. II. sect. 1. §. 8. Dagegen Leyser in medit. spec. 279, med. 4.

²⁾ Struben rechtl. Bed. Th. IV. Bed. 44. Roesener l. c. cap. XV. n. 53. Blanchard in D. cit. cap. IV. §. 40. 41. Sie führen als Grund an, nicht daß man die Wechsler nicht zu den Kaufleuten rechnen könne, sondern weil es ihnen an sonstigen Beweisen nie fehlen werde.

Das Herkommen, welches den Handelsbüchern jenen Vorzug beilege, gründe sich darauf, daß im Handel und Wandel keine schriftlichen Contracte errichtet zu werden pflegten, sondern der Kaufmann den Worten des Käufers traue. Dagegen bringe es die Natur des Geschäfts der Bankiers mit sich, daß sie nicht leicht nur einigermaßen beträchtliche Summen verliehen, ohne sich mit besondern Beweisen zu versehen. Eigene Wechsel seyn wahre Schuldverschreibungen, und der Käufer des Wechsels zahle auch gewöhnlich gegen dessen Empfang das Geld, oder verspreche schriftlich, es zu zahlen. Dazu komme noch der Umstand, daß man den Handelsbüchern bei grossen Summen gar keine Beweiskraft einräumen dürfe (vergl. §. 43.). Jedoch giebt Struben zu, daß die Bücher der Bankiers allerdings Aufmerksamkeit verdienen, wenn noch andere Unterstützungsgründe hinzukommen. — Allein jener von ihnen angeführte Grund ist, wie schon gezeigt worden (vergl. das 2te Kap.), nicht der einzige des Privilegiums. Dasselbe steht allen Kaufleuten in der weitern Bedeutung zu, und daß die Wechsler dahin zu zählen sind, läugnen sie nicht. Wenn den Bankiers in ihren Angelegenheiten sehr häufig andere Beweise zu Gebote stehen, so werden sie, da sie durch diese gewöhnlich ihren Endzweck schneller und vollständiger erreichen können, sich selten ihrer Bücher zum Beweise bedienen. Allein es können sich auch sehr gut Fälle ereignen, wo ihnen ein sonstiger schriftlicher Beweis ihrer Forderung gänzlich mangelt, oder wo es sogar rathsamer für sie seyn würde, sich zum Beweise derselben auf ihre Bücher zu berufen. In solchen Fällen nun, wo sie des Privilegiums bedürfen, ihnen aus dem Grunde dasselbe nehmen zu wollen, weil sie sehr häufig nicht nöthig haben, sich desselben zu bedienen, würde allen rechtlichen Grundsätzen entgegen seyn. Daß den Handelsbüchern bei grossen Summen keine Beweiskraft einzuräumen sey, bleibt da, wo nicht besondere Gesetze oder Gewohnheit dies festsetzen, eine willkürliche und unbestimmte Einschränkung.

a) Claproth Einl. in den bürgerl. Prozeß, 2ter Bd. §. 233. S. 311.

4) von Martens Entwicklung des Ursprungs des Wechselrechts. S. 23. §. 5. Note 1. Schafshausen in D. cit. pag. 21. §. XV.

5) z. B. das algem. Gesetzbuch für die Preuss. Staaten. Th. 2. Tit. 8. §. 563. 565. 589.

§. 34.

Noch zahlreicher sind die Abweichungen der Juristen von dem obigen Grundsatz in Ansehung der Ausdehnung des Privilegiums auf die dazu berechtigten Personen. Sehr viele stimmen darin überein, daß dasselbe überhaupt allen denjenigen zu ertheilen sey, welche ohne einen schriftlichen Aufsatz Credit geben, Fals sie übrigen ihre Bücher in der gehörigen Ordnung führen; namentlich den Handwerkern ¹⁾ und Fabrikanten ²⁾, den Brauern ³⁾ u. s. w. Andere dehnen den Vorzug auf die Apotheker ohne alle weitere Einschränkung aus ⁴⁾, und noch Andere gehen selbst so weit, daß sie auch den Büchern derjenigen, die Lieferungen an Kriegsheere übernommen ⁵⁾, und den Lotteriebüchern ⁶⁾ die Beweiskraft beilegen. Allein ausser daß diese Personen nicht unter den Begriff von Kaufleuten zu stellen sind, wird es sich auch sehr selten finden, daß sie ihre Bücher in der erforderlichen Ordnung führen. Daher verbieten denn auch zuweilen einzelne Gesetze ausdrücklich solche Aus-

dehnungen des Privilegiums in Hinsicht auf die berechtigten Personen ⁷⁾).

¹⁾ Ludovici doct. Pand. ad Tit. de fide instrum. §. 9. Schöpfer synops. Pand. ad tit. eund. n. 31. (führt namentlich auch die Schneider an). Struben rechtl. Bed. Th. V. Bed. 104. Leyser meditat. spec. 279. med. 3. 4. Krohn in D. cit. cap. I. n. 99. Edzard in D. cit. §. 22. pag. 25. Schafshausen l. c. §. 14. pag. 20.

²⁾ Leyser am a. O. führt an, daß die Juristen-Fakultät zu Helmstädt das Privilegium einem Fabrikanten und dem Aufseher eines Eisenhüttenwerks beigelegt habe.

³⁾ Struben am a. O.

⁴⁾ Roesener in D. cit. cap. IV. n. 116-122. (welcher zugleich zur Bekräftigung seiner Behauptung sich auf ein Erkenntnis des Leipziger Schöffentuhls beruft). Edzard l. c. §. 22. pag. 26. Dagegen schon Lauterbach in D. de jure in curia mercator. usitato. th. 6.

⁵⁾ Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 92.

⁶⁾ (J. L. Eckart) Lottorecht. Cobg. 1771. 8. S. 51. Am wenigsten hat wohl diese Ausdehnung einen scheinbaren Grund für sich.

⁷⁾ z. B. die Kön. Dän. Verordnung; am a. O. das Alg. Gesetzb. für die Pr. St. Th. 2. Tit. 8. §. 591.

§. 35.

So wenig sich auch die von den Rechtsgelehrten gemachten Ausdehnungen nach allgemeinen Grundsätzen rechtfertigen lassen, so häufig finden sie sich durch besondere Gewohnheiten und Gesetze festgesetzt. Schon Italienische Statuten des sechzehnten Jahrhunderts legen, nachdem man schon früher angefangen hatte, den ursprünglich bloß den Büchern der Campsoren

eingewäumten Vorzug auch denen der andern Kaufleute einzuräumen, dasselbe Privilegium zuweilen nicht nur den Büchern der Künstler und Handwerker bei, sondern sogar allen Personen überhaupt, welche gehörig eingerichtete Bücher führen, und bei denen die sonstigen gewöhnlichen Erfordernisse vorhanden sind. Von einem solchen Umfange ist z. B. die Verordnung der Statuten von Bologna von 1454¹⁾.

¹⁾ Stat. civil. civit. Bononiae. a. 1454. Rubr. XLIII. §. 1. 16. 17. S. von Martens Entwicklung des Wechsel-Rechts im Anhang. S. 56. 62. 63.

§. 36.

In Deutschland stimmen die meisten Gesetzgebungen in der Gleichstellung der Krämer mit den übrigen Kaufleuten in Ansehung ihrer Handelsbücher überein¹⁾. Einige, aber noch mehr das Herkommen, ertheilen das Privilegium auch den Büchern der Fabrikanten und Handwerker²⁾, Brauer³⁾, Apotheker⁴⁾ u. s. w. ausdrücklich⁵⁾.

¹⁾ Vergl. die meisten der in der Einleitung genannten Gesetze und Verordnungen. Das Alg. Gesetzb. für die Preuss. St. Th. II. Tit. 8. §. 591. nimt aber die Bücher der Krämer in Dörfern und Flöcken davon aus, wenn sie auch an sich auf kaufmännische Weise geführt sind.

²⁾ Frankf. Reform. — Mekl. Verordn. vom 29. Dez. 1772. (in Spaldings Repertorium des Mekl. Rechts. S. 341. 342.) Die Kais. Kön. alg. G. O. §. 121. (S. Handb. der unter Joseph II. ergangenen Verordn. Bd. 9. S. 202.)

- ³⁾ Diesen ertheilen es namentlich die Hamburger Statuten. Vergl. noch Schafshausen l. c. §. XIV. pag. 21. Der Gerichtsgebrauch in Hamburg dehnt das Privilegium nicht blos auf die Handwerker, sondern sogar auf die Bücher und Rechnungen der Aerzte und Chirurgen aus, so daß ein Erfüllungseid auch bei diesen zur Vollständigkeit des Beweises ihrer Forderungen hinreicht. Sammlung Hamburg. Ges. und Verfass. Th. III. S. 414.
- ⁴⁾ z. B. in Meklenburg. S. Erläuterung der Constitution über die Beweisführung durch Handelsbücher etc. vom 2ten Oct. 1775. §. III. und in Anhalt-Dessau. Verordn. vom 15. Mai 1697. (in von Ludwig gel. Hall. Anz. Bd. 1. S. 1052.)
- ⁵⁾ Dagegen schließt das Alg. Gesezb. für die Pr. St. Th. 2. Tit. 8. §. 591. die Brauer, Becker u. s. w. namentlich vom Privilegium aus.

§. 37.

Sehr häufig ist es für die Juristen ein Gegenstand des Streits gewesen, ob auch den Handelsbüchern der Jüdischen Kaufleute, namentlich in Streitigkeiten mit Christen, die Beweiskraft zustehe. Früherhin ist sie ihnen in diesem Falle oft abgestritten worden ¹⁾ nach L. 21. C. de haeret. (l. 5.) und in Gesetzen ²⁾ ist ihnen dieselbe zuweilen auch ausdrücklich genommen; dagegen hat man ihnen nach dem Inhalte derselben Verordnung des Römischen Rechts gegen Juden Beweiskraft beigelegt. Andere haben die Beweiskraft ihrer Bücher gegen Christen dahin eingeschränkt, daß der Jüdische Kaufmann in Ansehung derselben nicht zum Erfüllungseide zu lassen sey, sondern daß seinem Gegner vielmehr der Reinigungs-

eid auferlegt werden müsse, wenn gleich jener im Staate das Recht der vergleiteten Juden genösse ³⁾).

¹⁾ Roesener l. c. cap. XV. n. 79. Horn in sent. et resp. cl. XI. resp. 87. pag. 751.

²⁾ z. B. in der Cölnischen Judenordnung. C. 4. §. 5. und in der Hessen Casselschen J. O. §. 24.

³⁾ Berger elect. disc. for. tit. XXII. obs. 1. n. 8. pag. 721. Wernher observ. T. I. P. I. obs. 193. Dagegen Menken de Judaeo jurisjurandi suppletorii haud incapace. Vitemb. 782. §. 5.

§. 38.

Allein mit rechtlichen Gründen können die Juden, welche durch den ertheilten Schutz die Rechte der Unterthanen im Staate erhalten haben, von dem Vorzuge der Handelsbücher nicht ausgeschlossen werden, daher auch die neuern Juristen die Meinung zum Vortheile derselben geändert haben ¹⁾. Denn

1. treten die Juden, auf welche sich einmal der Schutz des Staats erstreckt, in die Gemeinschaft aller Rechte, die allen Unterthanen ohne Rücksicht auf einen besondern Stand in der bürgerlichen Gesellschaft zustehen,

2. treten die Gründe des Gesetzes (*Rationes legis*) bei den Jüdischen Kaufleuten eben so gut ein, wie bei den Christen.

3. L. 21. C. de haeret. kann hier nicht in Anwendung kommen, denn wir haben es hier mit einem Privilegium zu thun, wobei die ge-

wöhnlichen allgemeinen prozessualischen Regeln hinwegfallen. Auf jeden Fall müste dies Gesetz strenge genommen werden, und da es vom Zeugnis redet, würde es auf den Urkundenbeweis nicht ausgedehnt werden dürfen. In den Gesetzen einzelner Länder ist es auch ausdrücklich sanctionirt, daß Jüdische Kaufleute dasselbe Recht haben sollen ²⁾).

¹⁾ Edzard l. c. §. XIV. pag. 18. Bodinus in D. cit. cap. II. §. 6. Blanchard l. c. cap. IV. §. 33. Meister in D. cit. Schafshausen l. c. §. XVI. pag. 22. — Auch das Kaiserliche Kammergericht legte ihnen *vim semiplenae probationis* bei. von Cramer observ. jur. univ. Tom. II. obs. 507. Vergl. auch Struben rechtl. Bed. Th. III. Bed. 136.

²⁾ z. B. das Alg. Gesetzb. für die Pr. St. Th. II. Tit. 8. §. 585.

§. 39.

Es versteht sich aber von selbst, daß die Bücher der Jüdischen Kaufleute alle erforderlichen Eigenschaften haben müssen, namentlich daß sie nicht in Jüdischer Sprache geschrieben seyn dürfen ¹⁾). Auch darf denselben nur in Ansehung derjenigen Geschäfte Beweiskraft beigelegt werden, die sie nach dem Zeitpunkte geschlossen haben, wo sie in Rücksicht der bürgerlichen Rechte den übrigen Staatsunterthanen gleich gestellt wurden. Eben so kann einem Juden, der zur christlichen Religion übergeht, und nicht schon

vorher den Schutz des Staats genoss, nur von dem Augenblicke der geschehenen Religionsänderung das Privilegium beigelegt werden ²⁾. Dagegen muß in Ansehung der Handelsbücher derjenigen Juden, welche auf die Rechte anderer Unterthanen keine Ansprüche machen können, der Grundsatz des gemeinen Rechts eintreten, d. h. sie beweisen nur gegen ihre Glaubensgenossen, wenn dessen Anwendung nicht durch die Gesetze der einzelnen Länder aufgehoben ist. Jenes Princip hat zuweilen eine besondere gesetzliche Bestätigung erhalten ³⁾.

¹⁾ Vergl. das dritte Kap. §. 26.

²⁾ Dies verordnet auch das Alg. Gesetzb. für die Preuss. Staat. Th. II. Tit. 8. §. 587.

³⁾ Ebend. §. 588. Dies Gesetzbuch macht aber im §. 589. wieder eine Ausnahme, indem es den Büchern der Juden, welche die Rechte christlicher Kaufleute nicht haben, die aber Fabrik- und Wechselgeschäfte treiben, für solche Geschäfte auch Beweiskraft gegen christliche Kaufleute beilegt.

F ü n f t e s K a p i t e l.

Ueber den durch die Handelsbücher
zu beweisenden Gegenstand.

§. 40.

Nur kaufmännische Geschäfte können, wie schon oben ¹⁾ angeführt ist, nach allgemeinen Grundsätzen durch die Handelsbücher bewiesen werden, denn ein Privilegium ist auf den in demselben bezeichneten Fall zu beschränken. In diesem Grundsätze stimmen auch die meisten Gesetze ²⁾ und Meinungen der Juristen ³⁾ überein. Jedoch ist dies auf den Handel im weitern Sinne zu beziehen ⁴⁾. Enthalten die Handelsbücher andere Gegenstände, wenn sie auch mit dem Handel in Verbindung stehen, so beweisen sie nicht ⁵⁾ für den Kaufmann ⁶⁾. Namentlich führen die Rechtsgelehrten hier an, daß weder ein Darlehn ⁷⁾, noch ein gegebenes Mandat ⁸⁾, noch eine Bürgschaft, wenn sie auch in Beziehung auf den Handel übernommen sey ⁹⁾, noch eine Schenkung oder die Erlassung einer Schuld, oder eine Verzichtleistung ¹⁰⁾, durch die Bücher des Kaufmanns bewiesen werden könne. Ueberhaupt gilt dies auch von allen solchen Geschäften, die weder nach der Natur eines bestimmten besondern Handels, noch nach der Eigenschaft des Käufers auf Credit eingegangen zu werden pflegen ¹¹⁾.

Häufig stimmen freilich mit diesen Grundsätzen der Gerichtsgebrauch und die Verordnungen einzelner Länder überein ^{1 2)}, aber zuweilen setzen sie auch das Gegentheil fest ^{1 3)}. Eben so befolgen einige Rechtsgelehrte das entgegengesetzte Princip, und lassen theils im Allgemeinen den Beweis aller solchen Rechtsgeschäfte in Fällen, wo sie sich auf den Handel beziehen ^{1 4)}, durch die Handelsbücher zu, theils insbesondere den Beweis der Bürgschaft, wo diese in einem gleichen Falle eintritt ^{1 5)}.

¹⁾ Vergl. das dritte Kap. §. 28.

²⁾ Würtemb. Landr. am a. O. Braunschw. Lüneb. Landesg. für Calenb. und Grubenh. cap. II. n. 75. S. 639. Kön. Dän. Verordn. über die Handelsbücher. am a. O. Kais. Kön. alg. G. O. §. 119. n. d. (Handbuch u. s. w. Bd. 4. S. 215.) Alg. Gesezb. für die Pr. St. Th. II. Tit. 8. §. 563. — Nürnbg. Reform. am a. O. Frankf. Reform. am a. O. Hamb. Statuten am a. O. „in Sachen, ihr Gewerbe und Handthierung belangend“.

³⁾ Roesener l. c. cap. VI. n. 33. pag. 59. Krohn l. c. cap. II. n. 56. Langermann l. c. cap. III. sect. 1. §. 2. pag. 30. Edzard l. c. §. XX. p. 24. Meister in D. cit. Schafshausen l. c. §. X. pag. 16. — Dagegen Marquard l. c. lib. II. cap. IX. §. 18. p. 440.

⁴⁾ Vergl. das vierte Kap. §. 32.

⁵⁾ Mevii decis. P. II. dec. 91. 261. Wernher observ. T. I. P. I. obs. 82.

⁶⁾ Jedoch beweisen sie in einigen Fällen alsdann wider den Kaufmann. Westphal's Rechtsgutachten. Th. I. S. 120.

⁷⁾ Krohn l. c. cap. II. n. 65. Mevii decis. P. II. dec. 92. n. 1.

⁸⁾ Mevii decis. P. V. dec. 18. Brunnemann in consil. n. 85.

- 9) Mevius ad jus Lubec. P. V. tit. 6. a. 4. n. 20. Hering de fidejuss. cap. XVII. n. 86.
- 10) Mevius ad jus Lubec. P. V. tit. 6. a. 4. n. 20. Krohn in D. cit. cap. II. n. 66-68.
- 11) Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. Th. 1. S. 175.
- 12) So ordnet das Preussische Landrecht, daß selbst Forderungen, die mit dem Handelsverkehre in Beziehung oder Verbindung stehen, nicht durch die Handelsbücher bewiesen werden können, namentlich keine Anleihen und Bürgschaften, nicht das eingebrachte Vermögen der Ehefrau u. s. w. Alg. Gesezb. für die Preuss. Staat. Th. II. Tit. 8. §. 563-65.
- 13) So führt Krohn l. c. cap. II. n. 64, ein Erkenntnis des Lübecker Senats an, welches den Beweis eines Darlehns durch die Handelsbücher zulieft.
- 14) Roesener l. c. cap. VI. n. 36. 37.
- 15) Marquard l. c. lib. II. cap. XI. n. 70. Krohn l. c. cap. II. n. 69. Langermann l. c. cap. III. sect. 1. §. 3.

§. 41.

Wenn aber in Ansehung des einzelnen kaufmännischen Geschäfts alle nöthigen Erfordernisse vorhanden sind, so wird auch dasselbe in seiner ganzen Volständigkeit durch die Handelsbücher bewiesen. Namentlich wird nicht nur die Grösse der Forderung des Kaufmanns (Quantum debiti), sondern auch die Schuld selbst (causa debendi s. debitum ipsum) und überhaupt alle nähern Umstände und Bedingungen des geschlossenen Handels dargethan. Dahin gehören z. B. der Anfang der entstandenen Verbindlichkeit, die Beschaffenheit der gelieferten Waaren, ihr Wehrt und der verabredete Preis, die Zeit, binnen wel-

cher die Zahlung erfolgen sollte u. s. w. Ja es kann überhaupt der ganze active und passive Zustand einer Handlung auf diese Weise aufgeklärt werden.

§. 42.

Als eine Folge der ungegründeten Behauptung, daß das Privilegium der Handelsbücher schon im Römischen Rechte vorkomme, stellt Leyser ¹⁾ dagegen den Satz auf, daß durch sie nicht die Causa debendi, nicht die Forderungen und Schulden selbst, sondern nur die Grösse der Summe bewiesen werden könne; das Daseyn einer Verbindlichkeit müsse schon sonst erwiesen seyn. Wenn über die Schuld selbst Gewisheit vorhanden sey, und man nur über die Grösse derselben streite, so werde der Gläubiger in Ansehung dieser nach Römischen Rechtsgrundsätzen zum Ergänzungseide gelassen ²⁾; dies müsse auch beim Kaufmann eintreten, der die Schuld selbst schon rechtlich erwiesen und nun den Belauf derselben durch sein Handelsbuch halb, durch den abzuleistenden Eid aber vollkommen darthun wolle. Allein daß dieser Vorzug der Handelsbücher sich ganz unabhängig vom Römischen Rechte in Italien gebildet und von dort nach Deutschland übergegangen sey, ist schon oben ³⁾ gezeigt worden; derselbe erhält daher auch durch eigenthümliche Grundsätze seine nähere Bestimmung ⁴⁾.

Und worin würde denn auch der Nutzen des Privilegiums für den Kaufmann bestehen? Wenn schon nach dem gemeinen Rechte einem Jeden frei stehen würde, die Grösse einer schon erwiesenen Forderung durch einen Eid darzuthun, so müste dagegen der Kaufmann zuvor seine Handelsbücher zu einigem Beweise produciren, um darauf erst zu dem nemlichen Eide gelassen zu werden ⁵⁾. Ein Privilegium, welches ihm Vortheile verschaffen sollte, würde also für ihn nachtheilig seyn.

Gleichwohl findet es sich zuweilen durch besondere Gesetze festgesetzt, dafs alsdann nur ein Beweis aus den Handelsbüchern genommen werden könne, wenn sonst bereits das Daseyn einer Verbindlichkeit ausgemittelt sey ⁶⁾.

¹⁾ Leyser medit. spec. 279. med. 1. 2. er beruft sich auf Groenewegen de legib. abrog. ad L. 5. C. de probation. n. 2. — Vergl. Einleitung §. 4.

²⁾ L. 1. §. 40. D. Depositi (XVI. 3.) Cap. 32. X. de Jurejur. (II. 24.)

³⁾ Vergl. das erste Kapitel §. 11.

⁴⁾ Ueberdies reden die von Leyser angeführten Stellen nicht vom Suppletorium, sondern vom Juramentum calumniae. Puffendorf animadv. jur. anim. 91.

⁵⁾ Claproth Einl. in den bürgerl. Prozeß. Bd. 2. §. 233. S. 312.

⁶⁾ z. B. in den Preuss. Staaten beim Beweise gegen Nicht-Kaufleute. Alg. Gesezh. für die Preuss. Staat. Th. II. Tit. 8. §. 572.

§. 43.

Auch findet nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keine Einschränkung der Beweiskraft in Ansehung der Grösse der Forderung Statt. Es behaupten freilich manche Juristen, daß, weil nach dem Römischen Rechte in wichtigen Angelegenheiten, wohin auch grosse Schuldforderungen gehörten ¹⁾, der Richter den Erfüllungseid nicht auflegen könne, auch, sobald von grossen Summen die Rede sey, diese durch die Handelsbücher wegen des erforderlichen Ergänzungseides nicht bewiesen werden könnten ²⁾. Sie überlassen die Bestimmung einer grossen Summe dem richterlichen Ermessen. Allein ohne die Entscheidung der Frage zu berücksichtigen, ob jene Behauptung im Römischen Rechte gegründet sey, kommt sie hier nicht weiter in Betrachtung, da der Vorzug der Handelsbücher nicht auf Römische Grundsätze gebaut, sondern durch ein vom Römischen Rechte unabhängiges Herkommen und Gesetze näher bestimmt worden ist. Obgleich auch die Wichtigkeit des Privilegiums durch eine solche willkürliche und unbestimmte Beschränkung so sehr verringert werden würde, findet sie sich doch zuweilen besonders gesetzlich bestätigt ³⁾.

¹⁾ Stryk de semiplena probatione. cap. 5. §. 7.

²⁾ Struben rechtl. Bed. Th. IV. Bed. 44. und weil darüber schriftliche Aufsätze gemacht zu werden pflegten. Krohn l. c. cap. II. n. 142 - 145. Schafshausen l. c. §. X. pag. 17.

3) z. B. in Meklenburg. S. Güstrow. Canzleiordnung P. II. Tit. XXVIII. §. 1. "und die Summe nicht hoch". Auch die Hamburger Statuten am a. O. "und dieselbe Schuld nicht übermässig" enthalten einen ähnlichen Zusatz. Die Hamburger Praxis aber nimt überall auf die Grösse der zu beweisenden Forderung keine Rücksicht, sondern nach der täglichen Erfahrung werden Summen von vielen Tausenden durch die Handelsbücher dargethan. Saml. Hamb. Ges. und Verfass. Th. III. S. 618. Am wenigsten würde sich eine solche Einschränkung auch wohl in einem Handelsstaate vertheidigen lassen.

S e c h s t e s K a p i t e l .

Ueber die Verschiedenheiten in Anse-
hung des Grades der Beweiskraft.

§. 44.

Als sich das Privilegium der Handelsbücher zuerst in Italien bildete, hatten sie volle Beweiskraft; der Grund davon lag in der Eigenschaft der Campsoren als öffentlicher vom Staate geordneten Beamten, die diesen ausserordentlichen Vorzug rechtfertigen musste. Die Gesetzbücher der Staaten Italiens aus jenen Zeiten, und auch benachbarter Länder, in welchen die Anstalt der Campsoren in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit gleichfalls eingeführt worden war, reden von einem vollen Glauben, welcher ihren Büchern beigelegt werden sollte, ohne eine sonstige Einschränkung weder im Allgemeinen noch in Hinsicht der Nothwendigkeit eines zur Ergänzung dienenden Eides anzuführen. Eines solchen uneingeschränkten Inhalts sind namentlich die Statuten von Piacenza ¹⁾ und Bologna ²⁾. Auch in Venedig, Florenz, dem Kirchenstaate, und fast durch ganz Italien hatten die Handelsbücher volle Beweiskraft ³⁾, nur war diese zuweilen auf eine gewisse Summe beschränkt ⁴⁾. Aus den Statuten der Stadt Genua erhellet sogar, daß aus Wechselgeschäften, über welche keine besondere Wechselbriefe verfertigt, son-

dern die bloß in die Handelsbücher eingetragen waren, eben so rechtskräftig eine strenge Wechselklage angestellt wurde, als wenn ein besonderer Wechselbrief darüber gemacht gewesen wäre ¹⁾).

¹⁾ Statut. civit. Placentiae a. 1391. Lib. VI. n. 126. rubr. de campsoribus. S. von Martens Entwicklung u. s. w. im Anhang S. 18.

²⁾ Stat. civil. civit. Bononiae a. 1454. Rubr. XLIII. §. 1. 2. S. von Martens Entwicklung u. s. w. im Anhang S. 56.

³⁾ Marquard l. c. lib. II. cap. IX. n. 21. sqq. pag. 440. Roesener l. c. cap. XI. n. 10.

⁴⁾ z. B. in Mailand auf 22 Dukaten. Stat. Mediol. pag. 360. im Kirchenstaate auf 20 Dukaten, und in Padua auf 10 Librae. Marquard l. c. n. 21. 22.

⁵⁾ Statuta civil. reipubl. Genuensis a. 1597. Lib. II. cap. 4. S. von Martens Entwicklung u. s. w. im Anhang S. 40. Fischers Gesch. des deutschen Handels. Th. I. S. 309.

§. 45.

Bei der nachherigen Ausdehnung des Privilegiums auf die Handelsbücher überhaupt, kam natürlich jener öffentliche Charakter der Campsoren nicht in Erwägung, und konnte also auch nicht mehr zur Rechtfertigung einer vollständigen Beweiskraft dienen. Eine natürliche Folge davon war, daß nun der Gesetzgeber, so wichtig auch die andern Beweggründe waren, die den Vorzug der Handelsbücher veranlaßt hatten, denselben in einem solchen Umfange für zu gewagt und zu exorbitant hielt, und daher auf dessen Einschränkung bedacht war. Es wurde nun das Hinzukom-

men anderer Unterstützunggründe, mit denen vereint die Handelsbücher einen vollen Beweis bilden sollten, verlangt. Die Analogie des Römischen Rechts veranlafte die Auflegung eines Eides zu diesem Endzwecke, und zwar in einigen Fällen den Ergänzungseid des Klägers, in andern den Reinigungseid des Schuldners. Dagegen ist den Büchern der Campsoren der Vorzug einer vollständigen Beweiskraft ohne Zweifel so lange geblieben, als nicht diese öffentliche Anstalt ihre Auflösung erhalten hatte.

§. 46.

Der Regel nach beweisen also in Deutschland die Handelsbücher nicht vollkommen, sondern der Erfüllungseid des Producenten muß entweder die Volständigkeit des Beweises, oder der Reinigungseid des Gegners die Entkräftung desselben bewirken ¹⁾. Ein bestimmterer Grad der Beweiskraft läßt sich nach allgemeinen Grundsätzen nicht angeben, sondern er richtet sich nach den besondern Gesetzen und Gewohnheiten der einzelnen Länder. Dagegen stimmen die meisten Rechtsgelehrten irrigerweise darin überein, daß sie den Satz als Regel aufstellen: wo nicht Gesetz oder das Herkommen eine Abweichung mit sich bringe, müsse dem Producenten der Handelsbücher vom Richter der Ergänzungseid aufgelegt werden ²⁾.

¹⁾ von Martens Grundrifs des Handelsrechts. §. 41. S. 49.

²⁾ J. H. Böhmer introd. in jus Digest. ad Tit. XXII. §. 29.
Rösener l. c. cap. XI. n. 5. Krohn l. c. cap. III. n. 66.
Edzard l. c. §. 23. pag. 27. Schafshausen l. c. §. XI.
pag. 18.

§. 47.

In den einzelnen Landesgesetzen und Statuten herrschen in Ansehung des Grades der Beweiskraft die auffallendsten Verschiedenheiten. Häufig stimmen sie mit jener Meinung der Juristen überein, so daß sie den Handelsbüchern die Kraft eines halben Beweises beilegen und den Erfüllungseid des Kaufmanns verlangen ¹⁾; sie lassen auch wohl, wenn andere Unterstützungsgründe vorhanden sind, diese die Stelle des Eides vertreten ²⁾, oder halten ihn bei den Büchern öffentlicher Anstalten und Gesellschaften, wegen des einmal geleisteten Amtseides für überflüssig ³⁾. Andere Gesetze, die mehr den geschichtlichen Ursprung des Privilegiums und eine vorzüglichere Begünstigung des Handels berücksichtigten, legen dagegen den Büchern volle Beweiskraft bei, Theils ohne alle Einschränkung ⁴⁾, Theils mit Beschränkung auf eine gewisse Summe ⁵⁾. Noch andere unterscheiden zuweilen die Fälle, wo die Handelsbücher wider einen Kaufmann, von denen, wo sie wider einen Nicht-Kaufmann beweisen sollen, und ertheilen ihnen in den erstern Theils volle Beweiskraft ⁶⁾, Theils lassen sie alsdann nur

den Ergänzungseid zu 7), und nach derselben Abstufung legen sie in den letztern Fällen bald dem Kaufmanne den Ergänzungseid auf, bald verlangen sie den Reinigungseid seines Gegners.

1) z. B. das Würtemb. Landrecht, die Meklenb. Verord., die Dänische Verordn., die Frankf. Reform., die Hamb. Statuten (Art. 7. cit. — “dafs dem Producenten der Eid, zu völliger Beweisung, zuerkannt werden mag.”)

2) z. B. das Würtemb. Landrecht am a. O.

3) Alg. Gesezb. für die Preuss. Staaten. Th. II. Tit. 8. §. 584. Vergl. das folg. Kap. §. 54.

4) z. B. die Nürnberger und andere Statuten. Langemann l. c. cap. I. sect. IV. §. 5. pag. 13. Saml. Hamb. Ges. und Verfass. Th. III. S. 628. Jedoch ist in der Nürnberger Reformation von 1564. Tit. 8. Ges. 7. der Ergänzungseid vorgeschrieben.

5) z. B. die Lübecker Statuten am a. O., welche ebenfalls bei Forderungen, die sich über 30 Mk. belaufen, das Suppletorium des Beweisführers verlangen. Marquard l. c. Lib. II. cap. IX. n. 26. pag. 441. Mevius ad jus Lubec. P. V. tit. VI. art. 4. n. 7. sqq.

6) z. B. das Alg. Gesezb. für die Preuss. Staaten. Th. II. Tit. 8. §. 569.

7) z. B. die Calenb. Landesgesetze, die Chursächsische Prozeßordnung u. s. w.

§. 48.

In einzelnen Staaten Deutschlands, wo jedoch der Handel keine so vorzügliche Ausdehnung und Wichtigkeit hatte, wo man weder die wahren Gründe der Glaubwürdigkeit der Handelsbücher und ihre rechtliche Eigenschaft erkante, noch die darin liegende Stütze des kaufmännischen Credits

und des Flors der Handlung finden konte, sondern wo man vorzüglich das Privilegium als zu unbegränzt und dem Römischen Rechte zuwiderlaufend betrachtete, hat man demselben aus Vorliebe für dies letztere noch manche andere Einschränkungen durch ausdrückliche Gesetze und Verordnungen hinzugefügt. So beschränken einige Partikular-Gesetze die Beweiskraft der Handelsbücher überhaupt auf eine bestimmte Summe, andere erfordern eine besondere Namensunterschrift des Schuldners ¹⁾, und noch andere setzen dem Privilegium eine kürzere von den Grundsätzen des gemeinen Rechts abweichende Verjährungszeit ²⁾. Wo aber eine solche Einschränkung Statt findet, da kann sie dem Rechte selbst nicht präjudiciren, sondern es sind nun andere Beweismittel nöthig. Zuweilen wird auch das Recht selbst in solchen Verordnungen ausdrücklich reservirt ³⁾, zuweilen aber auch mit der abgelaufenen Verjährungsfrist der gänzliche Verlust der Forderung als unvermeidliche Folge verknüpft ⁴⁾.

¹⁾ z. B. die Chursächs. P. O. am a. O.

²⁾ z. B. in Anhalt-Dessau und in Lippe-Detmold auf ein Jahr, (Anhalt-Dessauische Verordn. vom 15. Mai 1697. in von Ludwig gel. Hall. Anz. Bd. 1. S. 1052. Saml. Lippischer Verordn. Bd. 2. S. 608.); in Schleswig und Holstein auf drei Jahre, wenn sich der Schuldner in den Herzogthümern, und auf sechs Jahre, wenn er sich ausserhalb derselben befindet. (Kön. Dän. Verordn. am a. O.),

In Preussen ist die Beweiskraft der Handelsbücher in Ansehung der von Kaufleuten unter einander betriebenen Geschäfte auf keine bestimmte Frist eingeschränkt (Alg. Gesezb. für die Preuss. Staaten Th. II. Tit. 8. §. 594), gegen die Erben eines Kaufmanns dauert sie 5 Jahre vom Todestage des Erblassers an, (Ebend. §. 595.), gegen Nichtkaufleute aber nur ein Jahr von Zeit der Lieferung an (Ebend. §. 596.). Durch die Einlegung eines Protestes wird aber die Beweiskraft erhalten, vorausgesetzt, daß der Schuldner die Königlichen Lande verlassen hat, oder sein Aufenthalt dem Kaufmann unbekant ist. (Ebend. §. 598-603.)

In Meklenburg-Schwerin ist die Beweiskraft auf ein Jahr und sechs Wochen beschränkt. (Herz. Friedrich Verordn. vom 29. Dez. 1772. §. 3-5. Spalding Repert. jur. Meklenb. S. 427.) Jedoch können die Krämer, Handwerker u. s. w. die geordnete Verjährung ihrer Buchschulden dadurch vermeiden, daß sie die ihren Schuldnern zeitig übergebenen Rechnungen von diesen mit der Bemerkung eigenhändig unterzeichnen lassen: sie hätten die verzeichneten Waaren oder Arbeit auf Credit empfangen. Die auf diese Weise unterschriebenen Rechnungen sollen alsdann zum Beweise dienen, und allen fernern Beweis der Bücher sowohl für als wider den Kaufmann aufheben.

Auch in der Kais. Kön. Verordn. vom 17. Sept. 1785. ist die Beweiskraft der Bücher auf ein Jahr und sechs Wochen von dem Tage der geborgten Waare beschränkt, Falls nicht der Schuldner die Rechnung unterschrieben. S. das Handb. der unter Joseph II. ergangenen Verordn. Bd. 9. S. 200. 204. Auch sind davon die Forderungen gegen auswärtige Handelsleute ausgenommen, wobei die Verjährung sich vielmehr nach den Gesetzen des fremden Landes richten soll. Ebend. S. 204.

3) z. B. Kön. Dän. Verordn. am a. O. Alg. Gesezb. für al. Preuss. St. am a. O. §. 597. 604.

- *) So lautet die Mehl. Constitution vom 29. Dez. 1772. §. 5. allein in der Erläuterung vom 2. Oct. 1775. §. 1. wird dies dahin declarirt, daß nach Ablauf jener Verjährungszeit nur der Beweis durch die Bücher hinwegfallen solle; die Forderung selbst kann nun durch andere Beweismittel dargethan werden, wohin namentlich auch die Empfangscheine der Schuldner, die Rezepte der Apotheker und die Contrabücher gerechnet werden. Ebend. §. 2. 3. 4.

§. 49.

Der Beweis durch die Handelsbücher muß da hinwegfallen, wo Kaufleute, welche mit einander im Streite befangen sind, sich gegenseitig auf ihre Bücher berufen, diese aber von einander abweichen, übrigens jedoch sich sämtlich in gehöriger Ordnung befinden. Fehlt es dagegen nur dem einen Buche an den nöthigen Erfordernissen, so wird es dem richterlichen Ermessen überlassen seyn, wie viel Beweiskraft dem ordentlich geführten des Gegners beigelegt werden soll. Zuweilen wird hier dem untadelhaft geführten Handelsbuche uneingeschränkt Beweiskraft gegeben, so daß das andere dagegen gar nicht in Betrachtung gezogen wird ¹⁾).

Auch muß die Beweiskraft der Handelsbücher in allen solchen Fällen aufhören, wo derjenige, welcher den Ergänzungseid leisten sollte, vor Ablegung desselben stirbt; denn nun fehlt es an der nöthigen Volständigkeit des Beweises,

es müste denn diese durch andere Unterstützungsgründe herbeigeschaft werden können ²⁾).

¹⁾ Alg. Gesezb. für die Preuss. Staaten, Th. II. Tit. 8. §. 570. 571.

²⁾ Vergl. darüber das folgende Kap. §. 55.

S i e b e n t e s K a p i t e l.

Ueber die Ergänzung des Beweises.

§. 50.

In den Ländern, wo nun durch Partikular-Gesetze oder das Herkommen der Grundsatz eingeführt ist, daß das Handelsbuch einen halben Beweis begründe, dessen Volständigkeit durch die Ableistung des Ergänzungseides bewirkt werden müsse, da muß doch vorausgesetzt werden, daß alle nöthigen Erfordernisse und Bedingungen vorhanden sind. Ist dies nicht der Fall, so muß der Gegner zum Reinigungseide gelassen werden ¹⁾).

Die nähern Umstände bei der Ableistung des Eides richten sich nach den in einem jeden einzelnen Staate vorgeschriebenen oder üblichen Förmlichkeiten. Wo auch Handelsbücher durch die Anhänger fremder Religionen und Secten, als Juden, Mennonisten u. s. w. beschworen werden sollen, da müssen diese mit den besondern Abweichungen von der gewöhnlichen Eidesleistung, den Eid ablegen ²⁾).

¹⁾ Carpzov. defin. forens. P. I. c. 17. def. 25. Mevius ad jus Lubec. P. V. Tit. VI. art. 4. — decis. P. I. dec. 91. 241. Hat z. B. derjenige, welcher den Eid leisten soll, schon früher einen Verdacht wider seine Gewissenhaftigkeit begründet, so muß der Richter vielmehr die

Beweiskraft der Handelsbücher durch den Reinigungs-
eid des Gegners entkräften lassen.

2) Saml. Hamb. Ges. und Verfass. Th. III. S. 647. Schafshausen l. c. §. XXVI. pag. 34.

§. 51.

Insbesondere ist hier die Frage zu erörtern, durch wen eigentlich die Ableistung des Ergänzungseides geschehen müsse. Vorzüglich ist dies in den Fällen streitig, wo die Handelsbücher nicht vom Kaufmanne selbst, sondern von einem Buchhalter sind geführt worden. Auch hier herrschen in den Gerichtsgebräuchen der einzelnen Länder, aber vorzüglich in den Meinungen der Juristen, die verschiedensten Abweichungen von einander. Einige Rechtsgelehrte behaupten allgemein, daß der Kaufmann in allen Fällen, selbst da, wo die Bücher von einem andern geführt wurden, den Eid leisten müsse, weil derjenige, welcher das einzelne Geschäft geschlossen, auch die beste Wissenschaft von demselben habe¹⁾; Andere sind der Meinung, daß der Eid in der Regel von dem abgelegt werden müsse, welcher das Buch geführt habe, denn schon nach den gemeinen Rechten habe das Juramentum de veritate den Vorzug vor dem Juramentum de credulitate²⁾; noch Andere stellen sogar die Behauptung auf, daß in solchen Fällen nebst dem Buchhalter auch noch der Kaufmann die Bücher beschwören müsse. Mit den ältern Juristen ver-

langen die Gesetze meistens einstimmig den Eid des Kaufmanns, und nur das Preussische Landrecht sanctionirt die letztere Meinung ³⁾).

¹⁾ Schafshausen l. c. §. XXV. pag. 31. Sie setzen also voraus, daß durchaus alle Geschäfte durch den Kaufmann selbst geschlossen seyn werden.

²⁾ Blanchard in D. cit. Westphal deutsch. Privat-R. Th. I. S. 134. Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. Th. I. S. 178. Menken in system. Pandect. pag. 395. — sie nehmen also irrigerweise an, daß derjenige, welcher die Bücher geschrieben, auch die beste Kenntnis von den darin aufgezeichneten Geschäften haben müsse.

³⁾ Alg. Gesetzb. für die Preuss. Staaten. Th. II. Tit. 8. §. 579. Falls der Gegner beide Eide verlangt. — Bei Societäts-Handlungen sollen alle Theilnehmer den Eid leisten, es müste denn einer von ihnen allein die Geschäfte gerirt haben. Ebend. §. 577. 578.

§. 52.

Nach allgemeinen Grundsätzen lassen sich hier keine genaue Bestimmungen machen; jedoch kann weder dem Kaufmanne allein, noch dem Buchhalter in allen Fällen der Eid aufgelegt werden. Der Grund, warum hier die Leistung des Eides verlangt wird, nemlich die Volständigkeit des Beweises des einzelnen Geschäfts ohne Rücksicht auf eine einzelne bestimmte Person zu bewirken, bringt es mit sich, daß der Eid von demjenigen geleistet werden müsse, welcher die beste Kenntnis von dem streitigen Geschäft haben kann. Wer dies nun im einzelnen Falle sey, bleibt der Beurtheilung des Richters, der auf die

nähern Umstände Rücksicht nehmen muß, überlassen. Gewöhnlich wird es der Kaufmann oder der Buchhalter seyn, aber auch ein Dritter kann zuweilen die beste Wissenschaft vom einzelnen Geschäfte haben. Wo aber, wie es der Gerichtsgebrauch eines einzelnen Landes mit sich bringen kann, die eidliche Bekräftigung der Richtigkeit eines Buches überhaupt verlangt wird, da muß sie natürlich durch den Kaufmann oder durch den Buchhalter, Falls dieser dasselbe geführt hat, geschehen.

§. 53.

Der Ergänzungseid ist in einigen Fällen ganz überflüssig, oder die Unmöglichkeit der Ableistung desselben kann auch die Wirksamkeit der Beweiskraft der Handelsbücher ganz aufheben. Das erstere tritt ein:

1. wo die Bücher schon an sich nach Partikular-Gesetzen einen vollen Beweis entweder überhaupt oder in einzelnen Fällen bilden ¹).

2. wenn die unvollständige Beweiskraft durch die Herbeischaffung anderer Beweismittel ergänzt wird ²), und zwar kann dies nicht allein durch Zeugen geschehen, sondern auch durch andere Unterstützungsgründe des Beweises, ja selbst durch Vermuthungen ³). Aber zu weit geht die Behauptung einiger Rechtsgelehrten, daß der Beweis durch die Handelsbücher überhaupt nur da

durch den Eid ergänzt werden dürfe, wo auf eine andere Weise die Volständigkeit des Beweises nicht bewirkt werden könne ⁴⁾. Dies ist den Gründen des Privilegiums ganz entgegen, und würde dessen Nutzen sehr verringern.

3. wenn den Handelsbüchern in den Fällen, wo der Schuldner ungehorsam ausbleibt, eine vollständige Beweiskraft beigelegt wird ⁵⁾.

¹⁾ Vergl. das vorhergehende Kap. §. 47.

²⁾ Carpzov. resp. jur. Lib. III. resp. 58. n. 21. Roesener l. c. cap. XII. n. 1. sqq. Blanchard in Diss. cit. Meister in D. cit. Schafshausen l. c. §. XXVI. p. 34.

³⁾ Leyser meditat. spec. 279. med. 9.

⁴⁾ Eine Folge der irrigen Vorstellung, daß der Eid überhaupt nur ein subsidiarisches Rechtsmittel sey.

⁵⁾ Observationen des Ober- und Niedergerichts in Hamburg. n. 30. 32. (Im Thes. jur. provinc. et statut. pag. 924. 925.)

§. 54.

Auch stellen einige Rechtsgelehrte die irrige Behauptung auf, daß da, wo die Richtigkeit der Handelsbücher schon früher im Allgemeinen durch einen Eid bekräftigt worden, ein fernerer Erfüllungseid für überflüssig zu halten sey ¹⁾. Allein wo nicht besondere Gesetze oder das Herkommen dies festsetzen, läßt es sich nach allgemeinen Grundsätzen nicht behaupten. Denn die Natur eines Amtseides ist eine ganz andere, wie die des Ergänzungseides, und die Richtigkeit einer erst in der Zukunft entstehenden Forderung

läßt sich im Voraus nicht bekräftigen²⁾; auch wird nicht immer derjenige, welcher einen solchen allgemeinen Eid geschworen, zum Erfüllungseide aufgefordert werden, da häufig Andere das Geschäft geschlossen, und folglich davon die beste Kenntnis haben werden. In einzelnen Ländern ist jedoch zuweilen, wenn die Bücher von beeidigten Buchhaltern geführt sind, der Ergänzungseid erlassen, wie z. B. bei öffentlichen Anstalten und Gesellschaften³⁾.

¹⁾ Rivinus ad O. P. S. pag. 1124. Brehm et Bauer in D. cit. cap. 5.

²⁾ Schafshausen l. c. §. XXVI. pag. 37.

³⁾ Alg. Gesezb. für die Preuss. Staaten. Th. II, Tit. 8. §. 584.

§. 55.

Dagegen muß überhaupt der Beweis durch die Handelsbücher mit der Unmöglichkeit der Ableistung des erforderlichen Ergänzungseides hinwegfallen, wo derjenige, welcher ihn leisten sollte, nicht mehr lebt, mag er sich nun vorher zur Ablegung des Eides bereit erklärt haben oder nicht. Denn nun fehlt es an einem zur Vollständigkeit des Beweises nothwendigen Erfordernisse, dessen Stelle durch ein Juramentum de credulitate, welches durch die etwanigen Erben zu leisten wäre, nicht vertreten werden kann, da letzteres zur Ausmittlung der Wahrheit nichts

beiträgt. Wenn daher die nöthige Ergänzung des Beweises durch andere Beweismittel nicht herbeigeschaft werden kann, so wird aller fernere Beweis durch die Handelsbücher in so weit unwirksam, daß nun dem Schuldner zu dessen gänzlicher Entkräftung der Reinigungseid auferlegt werden muß.

§. 56.

Jedoch haben die Rechtsgelehrten hier die verschiedensten Ansichten. Einige, vorzüglich die ältern, sind der Meinung, daß nun der Ergänzungseid durch die Erben des Kaufmanns geleistet werden müsse ¹⁾; allein deren Juramentum de credulitate kann ja die Ausmittlung der Wahrheit nicht bewirken helfen, um so weniger, da nicht einmal durch den Kaufmann selbst in allen Fällen der Eid zu schwören ist. Andere gehen sogar so weit, daß sie schon nach allgemeinen Grundsätzen, wo auch Partikular-Gesetze dies nicht festsetzten, die Behauptung aufstellen, es sey in einem solchen Falle den Büchern ein vollkommener Glaube beizumessen und ein weiterer Eid deswegen ganz überflüssig und unnütz, weil der Tod überhaupt die Stelle des Eides verrete ²⁾. Daß dies eine lächerliche und grundlose Behauptung sey, ist indess von den neuern Juristen allgemein anerkannt. Wichtigere Gründe scheint dagegen eine dritte Meinung der Rechtsgelehrten für sich zu haben, daß die Handels-

bücher, wenn derjenige, welcher schwören sollte, sich zur Ableistung des Eides erboten, und noch ehe dieselbe geschehen konnte, gestorben, oder sonst auf eine unverschuldete Weise daran gehindert ist, alsdann vollen Glauben verdienten³⁾. Leyser⁴⁾ bejahet dies nur in dem Falle, wenn die Eidesleistung nicht durch einen reinen Zufall, sondern durch die Schuld des Gegners verhindert wurde, und verlangt überdies, daß der Schwörende als ein rechtschaffener, keines Leichtsinns verdächtiger Mann bekant, und dessen ausdrückliche Erklärung zur Ableistung des Eides erwiesen sey. Allein abgesehen davon, ob überhaupt ein acceptirter Eid in einem solchen Falle für geleistet zu halten sey⁵⁾, welches zu untersuchen nicht hieher gehört, so läßt sich dies am wenigsten von dem durch den Richter aufgelegten Eide behaupten, denn bei diesem sind die Gründe, welche die Rechtsgelehrten anführen, da sie gewöhnlich von dem durch die Partei dem Gegner zugeschobenen Eide reden, nicht anzuwenden, weil jener eine ganz andere Beschaffenheit hat. Denn hier kann von einer Uebereinkunft der Parteien, daß nun das Beschworne für wahr gelten solle, nicht die Rede seyn; es kann also auch keine Folge einer solchen Uebereinkunft seyn, daß wenn die eine Partei zur Erfüllung einer Bedingung bereit war, die andere sie aber daran hinderte, nun diese für erfüllt angesehen werden

solle. Es kömt hier vielmehr auf die Ueberzeugung des Richters an, nach dessen Ermessen der Ergänzungseid aufgelegt wird. Auch kann die religiöse Gewissenhaftigkeit eines Sterbenden, auf welche sich die Rechtsgelehrten hier so häufig berufen, den für den Richter vorhandenen Beweis weder vergrößern noch verringern, um so weniger, da bei einer wirklichen Eidesleistung so viele Vorsichtsregeln, wohin vorzüglich die Verwarnung vor dem Meineide gehört, angewendet werden müssen. Oft kann auch der Kaufmann gewissermassen den Verzug verschuldet haben.

-
- ¹⁾ Carpzov. Resp. jur. L. VI. resp. 122. Roesener l. c. cap. XI. n. 208. sqq. Langermann l. c. cap. IV. Textor de fide libri mercatoris mortui (in append. collect. disert. pag. 154-163).
 - ²⁾ Gail. observ. L. II. obs. 43. n. 5. Besold. consil. 33. n. 16.
 - ³⁾ Mevii decis. P. VII. dec. 233. Stryk de morte loco jurisjurandi. cap. II. §. 6. Edzard. l. c. §. XXVIII. pag. 32. Schafshausen l. c. §. XXVI. pag. 35.
 - ⁴⁾ Leyser medit. spec. 144. med. 2.
 - ⁵⁾ Vergl. Martin Lehrb. des bürgerl. Prozesses. Gott. 1809. 8. pag. 303. not. (b.)

§. 57.

Selten enthalten Partikular-Gesetze besondere Bestimmungen für den schon eingetretenen Todesfall desjenigen, der beim Beweise durch die Handelsbücher den Ergänzungseid leisten sollte. Der Gerichtsgebrauch einzelner Länder läßt häufig

die Erben des Kaufmanns schwören, und damit stimmt das Preussische Landrecht ausdrücklich überein ¹⁾. Dagegen legen die Hamburger Statuten den Büchern eines verstorbenen Kaufmanns ohne weitere Einschränkung vollkommenen Glauben bei ²⁾. Auch gilt zuweilen der Eid desjenigen, der sich zur Ableistung bereit erklärt, aber vor der wirklichen Ablegung gestorben, für geleistet ³⁾.

¹⁾ Das Alg. Gesetzb. für die Pr. St. Th. II. Tit. 8. §. 582. 583. verlangt entweder die eidliche Bestärkung der Bücher durch alle Erben, oder nur durch einen, wenn dieser die Direktion der Handlung übernommen.

²⁾ Hamb. Stat. P. I. Tit. 30. art. 7. Vergl. die Einleitung §. 6.

³⁾ So z. B. auch nach den Hamb. Stat. P. I. Tit. 34. art. 13. welche Verordnung freilich hier bei den Handelsbüchern nicht in Anwendung kommen kann.

Achtes Kapitel.

Besondere Vorschriften des neuern
Französischen Rechts.

Q u e l l e n.

L'ordonnance pour le commerce de 1673.

Jousse commentaire sur l'ordonnance de 1673.

Code de commerce. Liv. 1. Tit. 2.

Loqué esprit du code de commerce T. 1^{er}.

p. 58 - 92.

§. 58.

Auch die neuere Französische Gesetzgebung stimmt darin mit den Grundsätzen des gemeinen Rechts überein, daß Privaturkunden, die nur von der einen Partei ausgestellt worden sind, nicht für den Aussteller beweisen, ausgenommen wenn der Gegner sich auf die in denselben enthaltenen für ihn vortheilhaften Punkte berufen hat¹⁾. Die vollkommene Gleichheit der Parteien im bürgerlichen Prozeß, welcher zufolge die einmal gerichtlich gebrauchten Beweismittel für beide Parteien eine gleiche Beweiskraft äussern, begründete auch hier diese Ausnahme. Auch sanctionirt das Französische Recht noch besonders, daß Hausbücher und Familien-Papiere, (welche Jemand über seine Einnahme und Ausgabe führt), der Regel nach weder für noch gegen den Ver-

fasser Beweiskraft haben sollen ²⁾). Es werden aber zwei Fälle ³⁾ hinzugefügt, wo eine Ausnahme von dieser Regel insofern eintreten soll, daß alsdann mit den Büchern gegen deren Verfasser der Beweis geführt werden kann. Allein dagegen ist auch die Möglichkeit eines Falles vorhanden, wo dergleichen Papiere sogar für den Verfasser einigermaßen beweisen können; es soll nemlich der Angabe des Hausherrn in Beziehung auf die Grösse des seinen Hausbedienten versprochenen Lohns Glaube beigemessen werden, vorzüglich wenn diese Behauptung mit der in seinem Hausbuche enthaltenen Aufzeichnung übereinstimmt ⁴⁾.

¹⁾ Code Napoleon. arg. art. 1330.

²⁾ Ebend. art. 1331.

³⁾ nemlich a) wenn sie bestimmt eine Quitung über eine erhaltene Zahlung enthalten; b) wenn der Verfasser des Buchs ausdrücklich darin erklärt hat, daß er eine Schuld, zu welcher er sich bekennet, in der Absicht angemerkt habe, um den etwanigen Mangel oder Verlust einer Schuldverschreibung zum Besten des Gläubigers zu ergänzen.

⁴⁾ Code Napoleon. art. 1781. de Maleville analyse de la discussion du code civil. à Paris 807. 8. 2. ed. T. 3ème pag. 155.

§. 59.

Für einen Staat, wie Frankreich, wo der Handel schon seit den ältesten Zeiten auf eine so vorzügliche Weise blühte, mußte es auch zur

Beförderung desselben schon frühzeitig ein Bedürfnis seyn, den in benachbarten Ländern bestehenden Gebrauch, den Büchern der Kaufleute Beweiskraft beizulegen, anzunehmen. Diese schon seit den letzten Jahrhunderten des Mittelalters in Frankreich vorhandene, Theils durch ausdrückliches Gesetz, Theils durch das Herkommen bestätigte Gewohnheit, ist auch durch die neuere Gesetzgebung ausdrücklich sanctionirt worden, so daß den Handelsbüchern eine gewisse, durch mehrere Bedingungen näher bestimmte Beweiskraft beigelegt ist.

- *) Dasjenige frühere Gesetz, welches bisher die ausführlichsten Vorschriften darüber für Frankreich aufgestellt hatte, war die von Colbert herrührende Ordonnance pour le commerce von 1673. im 3ten Titel, die überhaupt dem neuern Französischen Handelsgesetzbuche zum Grunde gelegt ist.

§. 60.

Die Verordnung, welche der Code de commerce im zweiten Titel des ersten Buchs in Verbindung mit den 1329. und 1330. Artikeln des Code Napoleon über die Handelsbücher enthält, gehört zu den ausführlichsten vorhandenen Gesetzen, welche die Verhältnisse derselben festsetzen, und zeichnet sich vorzüglich durch eine genaue Bestimmung der Erfordernisse, welche das zum Beweise producirte Handelsbuch besitzen muß und durch eine noch genauere Unterscheidung der Fälle, in

welchen eine Verbindlichkeit zur Edition der Bücher vorhanden seyn soll, aus. Der Zweck, den die Französischen Gesetzgeber bei Entwerfung dieser Vorschriften vor Augen hatten, war ein doppelter, Theils damit durch die Bücher das einzelne Geschäft und dessen nähere Bedingungen bewiesen, Theils damit, vorzüglich bei einem ausgebrochenen Bankerotte, der ganze Vermögensstand des Falliten auf die leichteste und schnellste Weise, dargethan werden könnte. Jedoch scheint die letztere Rücksicht diejenige gewesen zu seyn, durch welche die Gesetzgebung bei der Entwerfung dieser Verordnung vorzüglich geleitet wurde.

§. 61.

Der Kaufmann in Frankreich ist gesetzlich verpflichtet, in Beziehung auf seine Handelsgeschäfte, folgende drei Bücher zu führen:

I. er muß ein Journal ¹⁾ halten, worin überhaupt alle Angelegenheiten ²⁾, welche auf seinen activen und passiven Vermögenszustand Einfluß haben können, eingetragen werden sollen. In diesem Journale sollen nicht bloß die Forderungen und Schulden des Kaufmanns, seine Handelsunternehmungen, was er an Papieren umgesetzt, acceptirt und indossirt hat, die für seinen Hausstand monatlich verwendeten Summen aufgezeichnet, sondern überhaupt Alles, was er, aus

welchem Grunde es auch seyn möge, einnimmt oder ausgiebt, enthalten seyn; folglich auch der Brautschatz der Frau, der Ertrag von Erbschaften und Schenkungen, die aus andern als Handelsgeschäften herrührenden Capitalien u. s. w. Das Gesetz verpflichtete den Kaufmann zu der Eintragung aller seiner Angelegenheiten in einer solchen Ausdehnung, Theils damit er sich nöthigenfalls durch eine genaue und vollständige Darlegung seines Vermögensstandes zu jeder Zeit rechtfertigen könnte, Theils um ihm auf alle mögliche Weise die Gelegenheiten, Unterschleif und Betrügereien begehen zu können, zu benehmen³⁾.

1) Code de comerce. art. 8.

2) Nach der Ordonnance von 1673 war der Kaufmann nur zur Eintragung seiner Handelsgeschäfte, Wechsel und dergl. verpflichtet. Und dennoch waren bisher die umgesetzten Papiere und Wechsel, die häufig einen grossen Theil der Schuldenmasse eines Falliten ausmachten, selten in die Bücher eingetragen, und konten auf keine andere Weise, als durch die Notizen der Wechsel-Makler oder nur durch andere unvollständige Nachrichten erweislich gemacht werden.

3) So sollte z. B. die geschehene Aufzeichnung des Brautschatzes der Frau den Kaufmann hindern, durch die Erdichtung eines nie vorhanden gewesenenen, oder durch Vergrösserung des wirklich eingebrachten im Falle eines etwaigen künftigen Bankerots, seinen Gläubigern einen Theil seines activen Vermögens entziehen zu können.

II. Damit sodann der Kaufmann den Umfang seiner Geschäfte besser übersehen, und seine Handels-Unternehmungen Verhältnismässig nach dem Zustande seines Vermögens einrichten könne, soll er jährlich ein Privat-Inventar über sein bewegliches und unbewegliches Vermögen, über seine Forderungen und Schulden errichten, und dasselbe Jahr für Jahr in ein besonderes zu diesem Endzwecke bestimmtes Buch abschriftlich eintragen, damit dessen Aechtheit durch diese Abschrift mehr bewährt werde ¹⁾).

An m. Das in der Ordonnance geordnete Inventar war dagegen ein einzelnes Dokument, welches in kein zweites Buch übertragen, auch nur alle zwei Jahre verfertigt werden musste.

¹⁾ Code de commerce art. 9.

III. Endlich soll der Kaufmann ein Buch halten, welches die Abschriften ¹⁾) aller seiner Geschäftsbriefe enthält, Theils um ihren Inhalt, wenn der Gegner die Vorlegung der Originale weigert, dadurch gerichtlich rechtfertigen zu können, Theils auch um die Widersprüche zu vermeiden die in den wiederholten Aufträgen, welche der Kaufmann seinen Correspondenten zu verschiedenen Zeiten ertheilt haben möchte, sich ereignen könnten. Auf gleiche Weise sollen die

empfangenen Briefe zu einem besondern Buche geheftet werden, um auch durch die Vergleichung dieser Briefe die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche in Beziehung auf die nähern Umstände und Bedingungen eines Handelsgeschäftes entstehen könnten.

1) Code de comm. art. 8.

Anm. Dafs aber die obigen in Ansehung der Handelsbücher gegebenen Vorschriften nur bei Detail-Handlungen anwendbar sind, dafs es hingegen eine gänzliche Unmöglichkeit ist, sie auch bei Handlungen von bedeutendem Umfange anzuwenden, hat die tägliche kaufmännische Erfahrung schon hinlänglich bewiesen.

Ausser jenen dreien nothwendig zu haltenden Büchern sind die vorzüglichsten der übrigen auch bei kleinern Handlungen üblichen Handelsbücher folgende:

1. Die Kladde, worin Einkäufe, Verkäufe, Tratten und Rimessen, Zahlungen u. s. w. eingetragen werden. Dies Buch wird in chronologischer Ordnung, in Form eines Journals gehalten.

2. Das Hauptbuch, worin die eingezeichneten Geschäfte unter gewisse Rubriken, welche von Personen und Waaren ihre Benennung erhalten, gebracht werden.

3. Das Cassabuch, in welches alles empfangene und ausgegebene baare Geld eingezeichnet wird.

§. 64.

Dem Kaufmanne ist die Verbindlichkeit auferlegt, die gesetzlich nothwendigen Bücher zehn Jahre hindurch aufzubewahren¹⁾, jedoch beschränkt sich das Gesetz ausdrücklich auf die obigen Bücher. Man hielt es für unbillig, den Kaufmann zu verpflichten, sie für immer zu erhalten,

weshalb jener Zeitraum festgesetzt wurde. Indessen wird ein vorsichtiger Kaufmann, dem daran gelegen ist, seinen Credit und seinen guten Ruf gegen jedes zufällige Ereignis sicher zu stellen, für deren immerwährende Aufbewahrung Sorge tragen, um sich nöthigenfalls zu jeder Zeit rechtfertigen und fernere Unannehmlichkeiten vermeiden zu können.

¹⁾ Code de comm. art. II.

§. 65.

In Ansehung der Einrichtung der nothwendigen Bücher schreibt der Code de commerce folgende Erfordernisse und Formalitäten vor:

1. Die einzelnen Posten sollen in chronologischer Folge ¹⁾ darin aufgezeichnet seyn, mit Bemerkung des Tages, Monats und Jahres.

2. Die Bücher sollen keine leeren Stellen noch Lücken enthalten ²⁾, um die Verfälschungen zu vermeiden, die gewissenlose Kaufleute dadurch vornehmen könnten, daß sie in diese leeren Stellen Handelsgeschäfte und Zahlungen eintrügen, obgleich jene nie ausgeführt, und diese nie geleistet worden.

3. Es soll Nichts am Rande bemerkt seyn ³⁾.

4. Die Bücher sollen entweder von einem Beisitzer des Handelsgerichts, oder von dem Maire oder einem Adjuncten mit dessen Namenszuge

und mit der Seitenzahl bezeichnet und beglaubigt seyn, und dies soll zugleich auf dem ersten Blatte angezeigt seyn mit Bemerkung der Zahl der Blätter ⁴⁾. Das Journal und das Inventarienbuch sollen überdies am Schlusse eines jeden Jahres der Obrigkeit von neuem zu diesem Endzwecke vorgelegt werden ⁵⁾, um einen dem Bankerotte nahen Kaufmann zu verhindern, die Vermuthungen, welche aus der Unordnung seiner Bücher wider ihn entstehen könnten, zu tilgen.

5. Die Bücher müssen gestempelt seyn ⁶⁾.

¹⁾ Art. 10. §. 3. ²⁾ Ebend. ³⁾ Ebend.

⁴⁾ Art. 11.

⁵⁾ Art. 10. §. 1.

⁶⁾ Loi du 13. brumaire an. 7. art. 12. Das Gesetz verbietet den öffentlichen Beamten, die Bücher zu paraphiren u. s. w., bevor deren Blätter nicht gestempelt sind, bei Strafe von 100 Fr. Der Code de comm. selbst erwähnt des Stempels nicht.

§. 66.

Der Kaufmann, welcher eines der nothwendigen Bücher nicht hält, macht sich dadurch verdächtig und begründet eine Vermuthung wider sich; wer die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten nicht beobachtet, darf sich vor Gericht auf seine Bücher nicht berufen ¹⁾; sie sollen nie für ihn, sie können aber wider ihn beweisen. Für den Falliten sind noch besondere Nachtheile und Strafen auf die Vernachlässigung jener ge-

sezlichen Vorschriften bestimmt. Der Fallit, welcher unordentlich geführte Bücher vorlegt, aus welchen sich jedoch keine Anzeige des Betrugs ergibt, oder welcher nicht alle Bücher vorzeigt, kann als einfacher Bankerottirer angeklagt und für einen solchen erklärt werden ²⁾; wenn er aber seine Bücher verheimlicht, oder gar keine gehalten hat, oder wenn diese nicht seinen wahren Vermögensstand angeben, so ist er in die Classe der betrügerischen Falliten zu setzen, und kann als ein solcher angeklagt, und dafür erklärt werden ³⁾. Dagegen behalten die Bücher eines Falliten, Falls sie nur in der gehörigen Ordnung sich befinden, welches der Friedensrichter zu untersuchen und zu bescheinigen hat ⁴⁾, die Beweiskraft im Allgemeinen bei; auf ihnen beruht der Beweis des Zustandes der Masse ⁵⁾.

¹⁾ Code de comm. art. 13.

²⁾ Ebend. Art. 587. n. 3.

³⁾ Ebend. Art. 593. n. 7. 594. n. 1.

⁴⁾ Ebend. Art. 463.

⁵⁾ Ebend. Art. 472. 473.

§. 67.

Das Privilegium der Handelsbücher steht nach Französischen Gesetzen jedem Kaufmanne zu, d. h. demjenigen, welcher (nicht blos einzelne Handelsunternehmungen ausrichtet, sondern) das Treiben von Handelsgeschäften zu seinem gewöhn-

lichen Gewerbe macht ¹⁾). Demnach sollte man eine grosse Einschränkung in Ansehung des berechtigten Subjects vermuthen, allein der Begriff von Handelsgeschäften, den der Code de commerce aufstellt, welcher unstreitig der weitumfassendste ist, der je durch Herkommen oder Gesetz begründet wurde, giebt dem Privilegium in jener Hinsicht die auffallendste Ausdehnung und hebt fast alle unter Deutschen Rechtsgelehrten so häufig verhandelten Streitfragen auf. Nach dem Code de commerce gehören zu Handelsgeschäften auch der Umsatz mit verarbeiteten und zubereiteten Waaren, Lieferungsgeschäfte, die Unternehmung von Besorgungscomtoirs, Auctionen und öffentlichen Schauspielen, von Schiffsbauen, das Mieten von Seeleuten zum Dienst auf Kauffahrteischiffen ²⁾ u. s. w. Insofern also diejenigen, welche solche Geschäfte treiben, mit den nöthigen Erfordernissen eingerichtete Bücher haben, können sie diese zum Beweise ihrer einzelnen Unternehmungen gebrauchen. Der Vorzug ist also auch gesetzlich nicht bloß den Krämern und Bankiers beigelegt, sondern auch den Handwerkern und Fabrikanten, Apothekern, Lieferanten u. s. w.

¹⁾ Code de comm. Art. 1. *Code de comm. Art. 1.*

²⁾ Ebend. Art. 632. 633.

jenigen, was das Gesetz in Ansehung der in die Bücher einzutragenden Geschäfte und Posten verordnet, schliessen, daß hier in Beziehung auf den zu beweisenden Gegenstand eine grosse Abweichung von den allgemeinen Grundsätzen Statt finde, und dem Privilegium eine grössere Ausdehnung gegeben sey. Allein der Code de commerce befahl die Eintragung alles dessen, was auf den Vermögensstand des Kaufmanns auf irgend eine Weise Einfluß haben konnte, nicht um dasselbe nöthigenfalls im Einzelnen beweisen zu können, sondern um im Falle eines Bankerots das Vermögen des Falliten im Ganzen besser übersehen zu können. Deshalb ist ausdrücklich sanctionirt, daß die Beweiskraft der Bücher nur auf die Fälle gehen solle, wo über ein kaufmännisches Geschäft gestritten werde, mit der fernern Einschränkung, daß der Streit unter Kaufleuten verhandelt werden müsse¹⁾. Die Beweiskraft fällt also im Allgemeinen da hinweg, wo entweder Kaufleute zwar unter sich aber über nicht zum Handel gehörige Angelegenheiten im Streite begriffen sind, oder wo ein Handelsmann gegen einen Nichtkaufmann den Beweis führen will.

¹⁾ Code de comm. art. 12.

§. 69.

Ein bestimmter Grad der Beweiskraft der Handelsbücher ist in den Gesetzen nicht festgesetzt,

sondern das Meiste bleibt hier dem richterlichen Ermessen überlassen, welches auf die nähern Umstände des einzelnen Falles Rücksicht nehmen muß. Der Grund dieser Unbestimmtheit liegt darin, daß die Handelstribunäle ihre Erkenntnisse mehr auf Grundsätzen der Billigkeit bauen solten, als daß sie durch zu bestimmte Regeln gebunden werden durften.

§. 70.

Bei Streitigkeiten unter Kaufleuten können ihre Bücher zum Beweise gebraucht werden ¹⁾; sie können aber alsdann auch volgültig beweisen, denn von dem Hinzukommen eines Ergänzungseides oder anderer Unterstützungsgründe des Beweises redet das Gesetz nicht. Sind Kaufleute mit einander im Streite begriffen, und berufen sich gegenseitig auf ihre Bücher, die nicht mit einander übereinstimmen, so müssen die Richter zu Gunsten desjenigen entscheiden, in dessen Büchern eine bessere Ordnung herrscht, oder welcher in einem vorzüglicheren Rufe steht, oder dessen Forderung die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hat. Wo diese Umstände bei keiner von den Parteien eintreten, da kann nach allgemeinen Grundsätzen auch keines der Bücher zum Beweise zugelassen werden ²⁾.

¹⁾ Code de comm. art. 12.

²⁾ Maleville l. c. p. 154.

§. 71.

Die Bücher beweisen in allen Fällen wider die Handelsleute selbst ¹⁾, aber nie kann darauf wider Personen, die keinen Handel treiben, ein solcher Beweis begründet werden, daß der Richter sie zur Zahlung schon verurtheilen darf ²⁾; jedoch müssen diese, wenn sie sich darauf berufen, auch dasjenige gegen sich gelten lassen, was daraus wider ihre Ansprüche hervorgeht ³⁾. Auch dienen sie in einem solchen Falle insofern gewissermassen zum Beweise, daß sie den Richter den eintretenden Umständen nach bestimmen können, der beweisenden Partei die Leistung eines Eides aufzuerlegen ⁴⁾. Die Delation dieses Eides bleibt dem richterlichen Ermessen gänzlich überlassen ⁵⁾, von einer nothwendigen Auferlegung desselben ist nicht die Rede. Der Beweis durch die Bücher wider einen Nichtkaufmann fällt aber da gänzlich hinweg, wo die Klage wider diesen durch den Ablauf eines Jahres verjährt ist ⁶⁾.

¹⁾ Code Napoleon, art. 1330.

²⁾ Ebend. art. 1329.

³⁾ Ebend. art. 1330 z. B. der Nichtkaufmann behauptet, daß ihm nicht drei Ellen Sedansches sondern Pariser Tuch geliefert sind, und verlangt die Vorlegung des Handelsbuches. Hierin aber findet sich, daß ihm sechs Statt drei Ellen Pariser Tuch geliefert sind. Dann darf er das Handelsbuch nicht bloß in Hinsicht des Punktes, daß ihm nur Pariser Tuch geliefert sey, annehmen, sondern er muß zugleich den Beweis der grös-

sern Anzahl der Ellen durch dasselbe gelten lassen. Span-
genberg Commentar über den C. Napoleon. 3ter Bd.
§. 791. pag. 70.

4) Ebend. art. 1329. 1367. Unrichtig meinte Bigot-Préa-
meneu, daß im Art. 1329. von einem durch den Kauf-
mann seinem Gegner zuzuschreibenden Eide die Rede
sey, allein dazu bedurfte jener nicht erst seiner Bücher.
S. de Maleville l. c. p. 154.

5) Die nähern Umstände, welche dabei in Erwägung ge-
zogen werden müssen, sind auch hier vorzüglich der
gute Ruf des Kaufmanns, die Ordnung seiner Bücher
und die Wahrscheinlichkeit der geschehenen Lieferun-
gen. S. de Maleville l. c. p. 153.

6) Code Napoleon art. 2272, n. 3.

§. 72.

Der Kaufmann muß die zu seinem Beweise
nöthigen Bücher gerichtlich produciren, damit
sie entweder in gewissen gesetzlich bestimmten Fäl-
len ihrem ganzen Inhalte und Beschaffenheit nach
untersucht, oder daraus nur ein Auszug des ein-
zelnen streitigen Postens gemacht werde¹⁾. Wenn
man nun aus den Grundsätzen schliessen wolte,
welche das Gesetz über die Nothwendigkeit einiger
Bücher aufstellt, so könnte man verleitet werden, zu
behaupten, daß nur jenen drei Büchern, deren Hal-
tung dem Kaufmanne gesetzlich auferlegt ist, wegen
der für sie besonders vorgeschriebenen nothwendi-
gen Erfordernisse, wodurch die Gesetzgebung gewis-
sermassen den ausserordentlichen Vorzug hat recht-
fertigen wollen, Beweiskraft beigelegt sey. Allein
alle den gesetzlichen Vorschriften gemäs gehalten-

nen Handelsbücher, also auch diejenigen, welche bloß des Nutzens und der Bequemlichkeit wegen geführt werden, können vom Richter zum Beweise zugelassen werden ²).

¹) Vergl. die §. 74. 75.

²) Code de comm. art. 12.

§. 73.

In Ansehung desjenigen, was bewiesen werden soll, ist freilich ein grosser Unterschied vorhanden. Die dem Kaufmanne nothwendigen Bücher, vorzüglich das Journal, haben durch die gesetzlichen Vorschriften eine gewisse genaue Einrichtung erhalten, durch deren Daseyn ein höherer Grad der Unverdächtigkeit begründet ist; das Journal enthält auch nur die kaufmännischen Geschäfte, die in dasselbe sogleich nach ihrer Entstehung und Abschliessung eingetragen werden, ihrem ganzen Umfange nach aufgezeichnet; eine Forderung selbst wird daher auch nur durch das Journal vollständig bewiesen werden können. Die sogenannten Hilfsbücher sind dagegen in Ansehung ihrer Einrichtung mehr der Willkühr des Kaufmanns überlassen, und verdienen daher schon aus diesem Grunde weniger Glauben; sie enthalten überdies häufig nur Auszüge aus dem Journal, woraus diese oft erst Monate später übergetragen sind. Daher wird nicht leicht das Daseyn einer Forderung selbst, sondern nur die

nähern Umstände und Bedingungen eines einzelnen Geschäfts werden nöthigenfalls durch sie aufgeklärt und dargethan werden können.

§. 74.

Zur Edition seiner Handelsbücher ist der Kaufmann im Allgemeinen nicht verpflichtet ¹⁾. Indem das Gesetz ihm die Verbindlichkeit auflegte, gewisse Bücher zu halten, um dadurch zu jeder Zeit seinen Vermögensstand nöthigenfalls rechtfertigen zu können, durfte es ihn nicht zugleich im Allgemeinen zu deren Edition verbinden, weil dies leicht seinem Credit zum größten Nachtheile gereichen konnte ²⁾. Um ihn nun vor solchen Nachtheilen zu sichern, die ihm aus dem Misbrauche dieser Verbindlichkeit durch Andere entstehen konnten, wurden zuörderst mit Genauigkeit die Fälle bestimmt, wo der Kaufmann zur gerichtlichen Mittheilung (communication) seiner Bücher verpflichtet seyn sollte, damit diese ihrem ganzen Inhalte nach untersucht werden könnten; nemlich in Erbschafts- und Gemeinschafts-Angelegenheiten, bei Auseinandersetzungen von Societätsverhältnissen, und in Fällen eines Bankerots ³⁾.

¹⁾ Code de commerce. Arg. art. 14.

²⁾ Es könnte leicht Jemand, sich auf eine solche Verbindlichkeit seines Gegners berufend, sie zu dem Zwecke misbrauchen, um in dessen kaufmännische Geheimnisse

zu dringen, und sich von dessen Handlungsunternehmungen Kenntniss zu verschaffen.

³⁾ Code de comm. art. 14.

§. 75.

Allein ganz verschieden hievon ist die Pflicht des Kaufmanns, seine Bücher zu dem Zwecke vorzuzeigen, um daraus dasjenige ausziehen zu können, was das einzelne Geschäft betrifft, worüber gerade mit dem Gegner ein Prozeß entstanden ist (*représentation*) ¹⁾. Eine solche Darlegung der Bücher kann der Richter sowohl auf Verlangen der einen Partei ²⁾, als auch von Amteswegen verfügen. Die Parteien können dieses verlangen, Theils wenn sie mit ihren eigenen Büchern den Beweis ihrer Einreden führen wollen, (vorausgesetzt, daß die Gegenpartei eine Handeltreibende Person ist), Theils wenn sie sich auf die ihres Gegners berufen, denn die Bücher beweisen ja stets wider den Kaufmann selbst zum Vortheile des Nichtkaufmanns. Wenn nun aber in solchen Fällen die eine Partei das Anerbieten macht, die Bücher ihres Gegners zur Entscheidung in ihrer Streitigkeit gelten zu lassen, und dieser verweigert die Vorlegung, so kann nun der Richter jener Partei zum Beweise ihrer Forderung den Eid auferlegen ³⁾. Denn indem die eine Partei durch ihr Anerbieten eine Vermuthung für die Richtigkeit ihrer Behauptung, die andere dage-

gen durch ihre Weigerung eine Vermuthung wider sich begründet, konnte eine solche Abweichung von der Regel ohne Bedenken gestattet werden. Allein das Gesetz giebt dem Richter nur die Befugnis zu der Auflegung eines solchen Eides, verpflichtet ihn aber keinesweges dazu; es werden daher erst die nähern Umstände des einzelnen Falles in Erwägung gezogen werden müssen.

1) Gode de comm. art. 15. Die Ordonnance von 1673 redet überhaupt nur von einer solchen gerichtlichen Darlegung, weshalb der Kaufmann zu einer Mittheilung seiner Bücher im obigen Sinne wohl gar nicht verpflichtet war. Ueberhaupt hatten nach der Ordonnance die Handelsbücher nur alsdann Beweiskraft, wenn die Parteien vorher die Erklärung gemacht hatten, denselben Glauben beimessen zu wollen.

2) Ebend. même d'office. Dagegen durfte nach der Ordonnance eine Partei nur unter der Bedingung die Vorlegung der Bücher verlangen, daß sie sich erbot, denselben blindlings (!) Glauben beimessen zu wollen.

3) Ebend. Art. 17.

§. 76.

Wenn die Bücher, deren Vorlegung angeboten, verlangt oder befohlen ist, in entfernten Gerichtsbezirken sich befinden, so kann das Handelsgericht, vor welchem die Sache rechtshängig ist, ein Requisitionsschreiben deshalb ergehen

lassen, oder einen Friedensrichter delegiren, um die nöthige Einsicht davon zu nehmen, den streitigen Inhalt zu protokolliren, und das Protokoll dem requirirenden Gerichte zuzustellen ¹⁾).

¹⁾ Code de comm. art. 16.

ab

J.C.L.
über die
der Han

Ebeling, Johann C.

Ueber die Beweiskraft der Handelsbücher

Hamburg 1815

Merc. 58 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10290710-2